

Sozialgesetzbuch (SGB I)

Erstes Buch (I) – Allgemeiner Teil –

Vom 11. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3015)

zuletzt geändert durch

Artikel 2 des Gesetzes zur Einführung des Elterngeldes
vom 5. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2748)

SGB I

Inhaltsübersicht

Erster Abschnitt

Aufgaben des Sozialgesetzbuchs und soziale Rechte

- § 1 Aufgaben des Sozialgesetzbuchs
- § 2 Soziale Rechte
- § 3 Bildungs- und Arbeitsförderung
- § 4 Sozialversicherung
- § 5 Soziale Entschädigung bei Gesundheitsschäden
- § 6 Minderung des Familienaufwands
- § 7 Zuschuß für eine angemessene Wohnung
- § 8 Kinder- und Jugendhilfe
- § 9 Sozialhilfe
- § 10 Teilhabe behinderter Menschen

Zweiter Abschnitt

Einweisungsvorschriften

Erster Titel

Allgemeines über Sozialleistungen und Leistungsträger

- § 11 Leistungsarten
- § 12 Leistungsträger
- § 13 Aufklärung
- § 14 Beratung
- § 15 Auskunft
- § 16 Antragstellung
- § 17 Ausführung der Sozialleistungen

Zweiter Titel

Einzelne Sozialleistungen und zuständige Leistungsträger

- § 18 Leistungen der Ausbildungsförderung
- § 19 Leistungen der Arbeitsförderung
- § 19a Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende
- § 19b Leistungen bei gleitendem Übergang älterer Arbeitnehmer in den Ruhestand
- § 20 (aufgehoben)
- § 21 Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung
- § 21a Leistungen der sozialen Pflegeversicherung
- § 21b Leistungen bei Schwangerschaftsabbrüchen
- § 22 Leistungen der gesetzlichen Unfallversicherung
- § 23 Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung einschließlich der Alterssicherung der Landwirte
- § 24 Versorgungsleistungen bei Gesundheitsschäden
- § 25 Kindergeld, Erziehungsgeld und Elterngeld
- § 26 Wohngeld
- § 27 Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe
- § 28 Leistungen der Sozialhilfe
- § 29 Leistungen zur Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen

Dritter Abschnitt

Gemeinsame Vorschriften für alle Sozialleistungsbereiche dieses Gesetzbuchs

Erster Titel

Allgemeine Grundsätze

- § 30 Geltungsbereich
- § 31 Vorbehalt des Gesetzes
- § 32 Verbot nachteiliger Vereinbarungen

SGB I Inhaltsübersicht

- § 33 Ausgestaltung von Rechten und Pflichten
- § 33a Altersabhängige Rechte und Pflichten
- § 33b Lebenspartnerschaften
- § 33c Benachteiligungsverbot
- § 34 Begrenzung von Rechten und Pflichten
- § 35 Sozialgeheimnis
- § 36 Handlungsfähigkeit
- § 36a Elektronische Kommunikation
- § 37 Vorbehalt abweichender Regelungen

Zweiter Titel

Grundsätze des Leistungsrechts

- § 38 Rechtsanspruch
- § 39 Ermessensleistungen
- § 40 Entstehen der Ansprüche
- § 41 Fälligkeit
- § 42 Vorschüsse
- § 43 Vorläufige Leistungen
- § 44 Verzinsung
- § 45 Verjährung
- § 46 Verzicht
- § 47 Auszahlung von Geldleistungen
- § 48 Auszahlung bei Verletzung der Unterhaltspflicht
- § 49 Auszahlung bei Unterbringung
- § 50 Überleitung bei Unterbringung
- § 51 Aufrechnung
- § 52 Verrechnung
- § 53 Übertragung und Verpfändung
- § 54 Pfändung
- § 55 Kontenpfändung und Pfändung von Bargeld
- § 56 Sonderrechtsnachfolge
- § 57 Verzicht und Haftung des Sonderrechtsnachfolgers
- § 58 Vererbung
- § 59 Ausschluß der Rechtsnachfolge

Dritter Titel

Mitwirkung des Leistungsberechtigten

- § 60 Angabe von Tatsachen
- § 61 Persönliches Erscheinen
- § 62 Untersuchungen
- § 63 Heilbehandlung
- § 64 Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben
- § 65 Grenzen der Mitwirkung
- § 65a Aufwendungsersatz
- § 66 Folgen fehlender Mitwirkung
- § 67 Nachholung der Mitwirkung

Vierter Abschnitt

Übergangs- und Schlussvorschriften

- § 68 Besondere Teile dieses Gesetzbuches
- § 69 Stadtstaaten-Klausel
- § 70 Überleitungsvorschrift zum Verjährungsrecht
- § 71 Überleitungsvorschrift zur Übertragung, Verpfändung und Pfändung

Artikel I Sozialgesetzbuch (SGB)

Erstes Buch (I) Allgemeiner Teil

Erster Abschnitt

Aufgaben des Sozialgesetzbuchs und soziale Rechte

§ 1 Aufgaben des Sozialgesetzbuchs

- (1) ¹Das Recht des Sozialgesetzbuchs soll zur Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit Sozialleistungen einschließlich sozialer und erzieherischer Hilfen gestalten. ²Es soll dazu beitragen,
- ein menschenwürdiges Dasein zu sichern,
 - gleiche Voraussetzungen für die freie Entfaltung der Persönlichkeit, insbesondere auch für junge Menschen zu schaffen,
 - die Familie zu schützen und zu fördern,
 - den Erwerb des Lebensunterhalts durch eine frei gewählte Tätigkeit zu ermöglichen und besondere Belastungen des Lebens, auch durch Hilfe zur Selbsthilfe, abzuwenden oder auszugleichen.
- (2) Das Recht des Sozialgesetzbuchs soll auch dazu beitragen, daß die zur Erfüllung der in Absatz 1 genannten Aufgaben erforderlichen sozialen Dienste und Einrichtungen rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung stehen.

§ 2 Soziale Rechte

- (1) ¹Der Erfüllung der in § 1 genannten Aufgaben dienen die nachfolgenden sozialen Rechte. ²Aus ihnen können Ansprüche nur insoweit geltend gemacht oder hergeleitet werden, als deren Voraussetzungen und Inhalt durch die Vorschriften der besonderen Teile dieses Gesetzbuchs im einzelnen bestimmt sind.
- (2) Die nachfolgenden sozialen Rechte sind bei der Auslegung der Vorschriften dieses Gesetzbuchs und bei der Ausübung von Ermessen zu beachten; dabei ist sicherzustellen, daß die sozialen Rechte möglichst weitgehend verwirklicht werden.

§ 3 Bildungs- und Arbeitsförderung

- (1) Wer an einer Ausbildung teilnimmt, die seiner Neigung, Eignung und Leistung entspricht, hat ein Recht auf individuelle Förderung seiner Ausbildung, wenn ihm die hierfür erforderlichen Mittel nicht anderweitig zur Verfügung stehen.
- (2) ¹ Wer am Arbeitsleben teilnimmt oder teilnehmen will, hat ein Recht auf
1. Beratung bei der Wahl des Bildungswegs und des Berufs,
 2. individuelle Förderung seiner beruflichen Weiterbildung,
 3. Hilfe zur Erlangung und Erhaltung eines angemessenen Arbeitsplatzes und
 4. wirtschaftliche Sicherung bei Arbeitslosigkeit und bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers.

¹ Abs. 2 Nr. 2 geändert durch AFRG vom 24. 3. 1997 (BGBl. I S. 594), in Kraft ab 1. 1. 1998

§ 4 Sozialversicherung

- (1) Jeder hat im Rahmen dieses Gesetzbuchs ein Recht auf Zugang zur Sozialversicherung.
- (2) ¹ ¹Wer in der Sozialversicherung versichert ist, hat im Rahmen der gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Unfall- und Rentenversicherung einschließlich der Alterssicherung der Landwirte ein Recht auf
1. die notwendigen Maßnahmen zum Schutz, zur Erhaltung, zur Besserung und zur Wiederherstellung der Gesundheit und der Leistungsfähigkeit und
 2. wirtschaftliche Sicherung bei Krankheit, Mutterschaft, Minderung der Erwerbsfähigkeit und Alter.
- ²Ein Recht auf wirtschaftliche Sicherung haben auch die Hinterbliebenen eines Versicherten.

¹ Abs. 2 geändert durch PflegeVG vom 26. 5. 1994 (BGBl. I S. 1014, ber. S. 2797), in Kraft ab 1. 1. 1995

§ 5 Soziale Entschädigung bei Gesundheitsschäden

- ¹Wer einen Gesundheitsschaden erleidet, für dessen Folgen die staatliche Gemeinschaft in Abgeltung eines besonderen Opfers oder aus anderen Gründen nach versorgungsrechtlichen Grundsätzen einsteht, hat ein Recht auf
1. die notwendigen Maßnahmen zur Erhaltung, zur Besserung und zur Wiederherstellung der Gesundheit und der Leistungsfähigkeit und
 2. angemessene wirtschaftliche Versorgung.
- ²Ein Recht auf angemessene wirtschaftliche Versorgung haben auch die Hinterbliebenen eines Beschädigten.

SGB I Art. I §§ 6–13

§ 6 Minderung des Familienaufwands

Wer Kindern Unterhalt zu leisten hat oder leistet, hat ein Recht auf Minderung der dadurch entstehenden wirtschaftlichen Belastungen.

§ 7 Zuschuß für eine angemessene Wohnung

Wer für eine angemessene Wohnung Aufwendungen erbringen muß, die ihm nicht zugemutet werden können, hat ein Recht auf Zuschuß zur Miete oder zu vergleichbaren Aufwendungen.

§ 8 ¹⁾ Kinder- und Jugendhilfe

¹Junge Menschen und Personensorgeberechtigte haben im Rahmen dieses Gesetzbuchs ein Recht, Leistungen der öffentlichen Jugendhilfe in Anspruch zu nehmen. ²Sie sollen die Entwicklung junger Menschen fördern und die Erziehung in der Familie unterstützen und ergänzen.

¹⁾ neu gefasst durch KJHG vom 26. 6. 1990 (BGBl. I S. 1163)

§ 9 ¹⁾ Sozialhilfe

¹Wer nicht in der Lage ist, aus eigenen Kräften seinen Lebensunterhalt zu bestreiten oder in besonderen Lebenslagen sich selbst zu helfen, und auch von anderer Seite keine ausreichende Hilfe erhält, hat ein Recht auf persönliche und wirtschaftliche Hilfe, die seinem besonderen Bedarf entspricht, ihn zur Selbsthilfe befähigt, die Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft ermöglicht und die Führung eines menschenwürdigen Lebens sichert. ²Hierbei müssen Leistungsbechtigte nach ihren Kräften mitwirken.

¹⁾ Satz 2 angefügt durch G zur Einordn. des Sozialhilferechts in das SGB vom 27. 12. 2003 (BGBl. I S. 3022), in Kraft ab 1. 1. 2005

§ 10 ¹⁾ Teilhabe behinderter Menschen

Menschen, die körperlich, geistig oder seelisch behindert sind oder denen eine solche Behinderung droht, haben unabhängig von der Ursache der Behinderung zur Förderung ihrer Selbstbestimmung und gleichberechtigten Teilhabe ein Recht auf Hilfe, die notwendig ist, um

1. die Behinderung abzuwenden, zu beseitigen, zu mindern, ihre Verschlimmerung zu verhüten oder ihre Folgen zu mildern,
2. Einschränkungen der Erwerbsfähigkeit oder Pflegebedürftigkeit zu vermeiden, zu überwinden, zu mindern oder eine Verschlimmerung zu verhüten sowie den vorzeitigen Bezug von Sozialleistungen zu vermeiden oder laufende Sozialleistungen zu mindern,
3. ihnen einen ihren Neigungen und Fähigkeiten entsprechenden Platz im Arbeitsleben zu sichern,
4. ihre Entwicklung zu fördern und ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft und eine möglichst selbständige und selbstbestimmte Lebensführung zu ermöglichen oder zu erleichtern sowie
5. Benachteiligungen auf Grund der Behinderung entgegenzuwirken.

¹⁾ § 10 neu gefasst durch SGB IX vom 19. 6. 2001 (BGBl. I S. 1046), in Kraft ab 1. 7. 2001

Zweiter Abschnitt Einweisungsvorschriften

Erster Titel Allgemeines über Sozialleistungen und Leistungsträger

§ 11 Leistungsarten

¹Gegenstand der sozialen Rechte sind die in diesem Gesetzbuch vorgesehenen Dienst-, Sach- und Geldleistungen (Sozialleistungen). ²Die persönliche und erzieherische Hilfe gehört zu den Dienstleistungen.

§ 12 Leistungsträger

¹Zuständig für die Sozialleistungen sind die in den §§ 18 bis 29 genannten Körperschaften, Anstalten und Behörden (Leistungsträger). ²Die Abgrenzung ihrer Zuständigkeit ergibt sich aus den besonderen Teilen dieses Gesetzbuchs.

§ 13 Aufklärung

Die Leistungsträger, ihre Verbände und die sonstigen in diesem Gesetzbuch genannten öffentlich-rechtlichen Vereinigungen sind verpflichtet, im Rahmen ihrer Zuständigkeit die Bevölkerung über die Rechte und Pflichten nach diesem Gesetzbuch aufzuklären.

§ 14 Beratung

1Jeder hat Anspruch auf Beratung über seine Rechte und Pflichten nach diesem Gesetzbuch. 2Zuständig für die Beratung sind die Leistungsträger, denen gegenüber die Rechte geltend zu machen oder die Pflichten zu erfüllen sind.

§ 15 Auskunft

(1) ¹⁾ Die nach Landesrecht zuständigen Stellen, die Träger der gesetzlichen Krankenversicherung und der sozialen Pflegeversicherung sind verpflichtet, über alle sozialen Angelegenheiten nach diesem Gesetzbuch Auskünfte zu erteilen.

(2) Die Auskunftspflicht erstreckt sich auf die Benennung der für die Sozialleistungen zuständigen Leistungsträger sowie auf alle Sach- und Rechtsfragen, die für die Auskunftsuchenden von Bedeutung sein können, und zu deren Beantwortung die Auskunftsstelle imstande ist.

(3) Die Auskunftsstellen sind verpflichtet, untereinander und mit den anderen Leistungsträgern mit dem Ziel zusammenzuarbeiten, eine möglichst umfassende Auskunftserteilung durch eine Stelle sicherzustellen.

(4) ²⁾ Die Träger der gesetzlichen Rentenversicherung können über Möglichkeiten zum Aufbau einer nach § 10a oder Abschnitt XI des Einkommensteuergesetzes geförderten zusätzlichen Altersvorsorge Auskünfte erteilen, soweit sie dazu im Stande sind.

¹⁾ Abs. 1 geändert durch PflegeVG vom 26. 5. 1994 (BGBl. I S. 1014, ber. S. 2797)

²⁾ Abs. 4 angefügt durch AVmG vom 26. 6. 2001 (BGBl. I S. 1310), in Kraft ab 1. 1. 2002

§ 16 Antragstellung

(1) 1Anträge auf Sozialleistungen sind beim zuständigen Leistungsträger zu stellen. 2Sie werden auch von allen anderen Leistungsträgern, von allen Gemeinden und bei Personen, die sich im Ausland aufhalten, auch von den amtlichen Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland entgegengenommen.

(2) 1Anträge, die bei einem unzuständigen Leistungsträger, bei einer für die Sozialleistung nicht zuständigen Gemeinde oder bei einer amtlichen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland im Ausland gestellt werden, sind unverzüglich an den zuständigen Leistungsträger weiterzuleiten. 2Ist die Sozialleistung von einem Antrag abhängig, gilt der Antrag als zu dem Zeitpunkt gestellt, in dem er bei einer der in Satz 1 genannten Stellen eingegangen ist.

(3) Die Leistungsträger sind verpflichtet, darauf hinzuwirken, daß unverzüglich klare und sachdienliche Anträge gestellt und unvollständige Angaben ergänzt werden.

§ 17 Ausführung der Sozialleistungen

(1) ¹⁾ Die Leistungsträger sind verpflichtet, darauf hinzuwirken, daß

1. jeder Berechtigte die ihm zustehenden Sozialleistungen in zeitgemäßer Weise, umfassend und zügig erhält,
2. die zur Ausführung von Sozialleistungen erforderlichen sozialen Dienste und Einrichtungen rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung stehen,
3. der Zugang zu den Sozialleistungen möglichst einfach gestaltet wird, insbesondere durch Verwendung allgemeinverständlicher Antragsvordrucke und
4. ihre Verwaltungs- und Dienstgebäude frei von Zugangs- und Kommunikationsbarrieren sind und Sozialleistungen in barrierefreien Räumen und Anlagen ausgeführt werden.

(2) ²⁾ 1Hörbehinderte Menschen haben das Recht, bei der Ausführung von Sozialleistungen, insbesondere auch bei ärztlichen Untersuchungen und Behandlungen, Gebärdensprache zu verwenden. 2Die für die Sozialleistung zuständigen Leistungsträger sind verpflichtet, die durch die Verwendung der Gebärdensprache und anderer Kommunikationshilfen entstehenden Kosten zu tragen.

(3) ³⁾ 1In der Zusammenarbeit mit gemeinnützigen und freien Einrichtungen und Organisationen wirken die Leistungsträger darauf hin, daß sich ihre Tätigkeit und die der genannten Einrichtungen und Organisationen zum Wohl der Leistungsempfänger wirksam ergänzen. 2Sie haben dabei deren Selbständigkeit in Zielsetzung und Durchführung ihrer Aufgaben zu achten. 3Die Nachprüfung zweckentsprechender Verwendung bei der Inanspruchnahme öffentlicher Mittel bleibt unberührt. 4Im übrigen ergibt sich ihr Verhältnis zueinander aus den besonderen Teilen dieses Gesetzbuches; § 97 Abs. 1 Satz 1 bis 4 und Abs. 2 des Zehnten Buches findet keine Anwendung.

¹⁾ Abs. 1 Nr. 1 geändert durch das 4. Euro-EG vom 21. 12. 2000 (BGBl. I S. 1983), in Kraft ab 1. 1. 2001; Abs. 1 Nr. 4 angefügt durch SGB IX vom 19. 6. 2001 (BGBl. I S. 1046), in Kraft ab 1. 7. 2001

²⁾ Abs. 2 gestrichen durch SGB X Art. II vom 4. 11. 1982; Abs. 2 eingefügt durch SGB IX vom 19. 6. 2001 (BGBl. I S. 1046), in Kraft ab 1. 7. 2001

³⁾ Abs. 3 geändert durch SGB X Art. II vom 4. 11. 1982; Abs. 3 Satz 4 geändert durch VerwaltungsvereinfachungsG vom 21. 3. 2005 (BGBl. I S. 818), in Kraft ab 30. 3. 2005

Zweiter Titel**Einzelne Sozialleistungen und zuständige Leistungsträger****§ 18 Leistungen der Ausbildungsförderung**

(1) ¹⁾ Nach dem Recht der Ausbildungsförderung können Zuschüsse und Darlehen für den Lebensunterhalt und die Ausbildung in Anspruch genommen werden.

SGB I Art. I §§ 19–20

(2) Zuständig sind die Ämter und die Landesämter für Ausbildungsförderung nach Maßgabe der §§ 39, 40, 40a und 45 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes.

¹⁾ Abs. 1 geändert durch SGB X Art. II vom 4. 11. 1982

§ 19¹⁾ Leistungen der Arbeitsförderung

(1)²⁾ Nach dem Recht der Arbeitsförderung können in Anspruch genommen werden:

1. Berufsberatung und Arbeitsmarktberatung,
2. Ausbildungsvermittlung und Arbeitsvermittlung,
3. Leistungen zur
 - a) Unterstützung der Beratung und Vermittlung,
 - b) Verbesserung der Eingliederungsaussichten,
 - c) Förderung der Aufnahme einer Beschäftigung und einer selbständigen Tätigkeit,
 - d) Förderung der Berufsausbildung und der beruflichen Weiterbildung,
 - e) Förderung der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben,
 - f) Eingliederung von Arbeitnehmern,
 - g) Förderung der Teilnahme an Transfermaßnahmen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen,
4. weitere Leistungen der freien Förderung,
5. Wintergeld in Betrieben des Baugewerbes und in Betrieben solcher Wirtschaftszweige, die von saisonbedingtem Arbeitsausfall betroffen sind,
6. als Entgeltersatzleistungen Arbeitslosengeld, Teilarbeitslosengeld, Übergangsgeld, Kurzarbeitergeld und Insolvenzgeld.

(2)³⁾ Zuständig sind die Agenturen für Arbeit und die sonstigen Dienststellen der Bundesagentur für Arbeit.

¹⁾ geändert durch SGB X Art. II vom 4. 11. 1982

²⁾ Abs. 1 neu gefasst durch AFRG vom 24. 3. 1997 (BGBl. I S. 594), in Kraft ab 1. 1. 1998; Abs. 1 Nr. 3 Buchstabe e geändert durch SGB IX vom 19. 6. 2001 (BGBl. I S. 1046), in Kraft ab 1. 7. 2001; Abs. 1 Nr. 3 Buchstabe g neu gefasst durch 3. G für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 23. 12. 2003 (BGBl. I S. 2848), in Kraft ab 1. 1. 2004; Abs. 1 Nr. 6 geändert durch 3. G für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 23. 12. 2003 (BGBl. I S. 2848) und 4. G für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 24. 12. 2003 (BGBl. I S. 2954), jeweils in Kraft ab 1. 1. 2005; Abs. 1 Nr. 5 neu gefasst durch G z Förderung ganzjähriger Beschäftigung vom 24. 4. 2006 (BGBl. I S. 926), in Kraft m.W.v. 1. 4. 2006

³⁾ Abs. 2 geändert durch 3. G für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 23. 12. 2003 (BGBl. I S. 2848), in Kraft ab 1. 1. 2004

§ 19a¹⁾ Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende

(1) Nach dem Recht der Grundsicherung für Arbeitsuchende können in Anspruch genommen werden

1. Leistungen zur Eingliederung in Arbeit,
2. Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts.

(2)²⁾ ¹Zuständig sind die Agenturen für Arbeit und die sonstigen Dienststellen der Bundesagentur für Arbeit, sowie die kreisfreien Städte und Kreise, soweit durch Landesrecht nicht andere Träger bestimmt sind. ²In den Fällen des § 6a des Zweiten Buches ist abweichend von Satz 1 der zugelassene kommunale Träger zuständig.

¹⁾ eingefügt durch 4. G für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 24. 12. 2003 (BGBl. I S. 2954), in Kraft ab 1. 1. 2005

²⁾ Abs. 2 Satz 2 angefügt durch KommOptionsG vom 30. 7. 2004 (BGBl. I S. 2014), in Kraft ab 6. 8. 2004

§ 19b¹⁾ Leistungen bei gleitendem Übergang älterer Arbeitnehmer in den Ruhestand

(1)²⁾ Nach dem Recht der Förderung eines gleitenden Übergangs älterer Arbeitnehmer in den Ruhestand können in Anspruch genommen werden:

1. Erstattung der Beiträge zur Höherversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung und der nicht auf das Arbeitsentgelt entfallenden Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung für ältere Arbeitnehmer, die ihre Arbeitszeit verkürzt haben.
2. Erstattung der Aufstockungsbeträge zum Arbeitsentgelt für die Altersteilzeitarbeit.

(2)³⁾ Zuständig sind die Agenturen für Arbeit und die sonstigen Dienststellen der Bundesagentur für Arbeit.

¹⁾ eingefügt durch G zur Änderung des AFG vom 20. 12. 1988 (BGBl. I S. 2343)

²⁾ Abs. 1 Nr. 2 neu gefasst durch G zur Förderung eines gleitenden Übergangs in den Ruhestand vom 23. 7. 1996 (BGBl. I S. 1078), in Kraft ab 1. 8. 1996

³⁾ Abs. 2 geändert durch 3. G für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 23. 12. 2003 (BGBl. I S. 2848), in Kraft ab 1. 1. 2004

§ 20¹⁾ (aufgehoben)

¹⁾ eingefügt durch SGB X Art. II vom 4. 11. 1982; aufgehoben durch SGB IX vom 19. 6. 2001 (BGBl. I S. 1046), in Kraft ab 1. 7. 2001

§ 21¹⁾ Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung

(1)²⁾ Nach dem Recht der gesetzlichen Krankenversicherung können in Anspruch genommen werden:

1. Leistungen zur Förderung der Gesundheit, zur Verhütung und zur Früherkennung von Krankheiten,
2. bei Krankheit Krankenbehandlung, insbesondere
 - a) ärztliche und zahnärztliche Behandlung,
 - b) Versorgung mit Arznei-, Verband-, Heil- und Hilfsmitteln,
 - c) häusliche Krankenpflege und Haushaltshilfe,
 - d) Krankenhausbehandlung,
 - e) medizinische und ergänzende Leistungen zur Rehabilitation,
 - f) Betriebshilfe für Landwirte,
 - g) Krankengeld,
3. bei Schwangerschaft und Mutterschaft ärztliche Betreuung, Hebammenhilfe, stationäre Entbindung, häusliche Pflege, Haushaltshilfe, Betriebshilfe für Landwirte, Mutterschaftsgeld,
4. Hilfe zur Familienplanung und Leistungen bei durch Krankheit erforderlicher Sterilisation und bei durch Krankheit erforderlichem Schwangerschaftsabbruch.

(2)³⁾ Zuständig sind die Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen, die See-Krankenkasse, die landwirtschaftlichen Krankenkassen, die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See und die Ersatzkassen.

¹⁾ geändert durch SGB X Art. II vom 4. 11. 1982; geändert durch GRG vom 20. 12. 1988 (BGBl. I S. 2343)

²⁾ Abs. 1 Nr. 3 und Nr. 4 geändert durch PflegeVG vom 26. 5. 1994 (BGBl. I S. 1014, ber. S. 2797), in Kraft ab 1. 4. 1995; Abs. 1 Nr. 3 und Nr. 4 geändert, Nr. 5 aufgehoben durch GMG vom 14. 11. 2003 (BGBl. I S. 2190), in Kraft ab 1. 1. 2004

³⁾ Abs. 2 geändert durch RVOrgG vom 9. 12. 2004 (BGBl. I S. 3242), in Kraft ab 1. 10. 2005

§ 21a¹⁾ Leistungen der sozialen Pflegeversicherung

(1) Nach dem Recht der sozialen Pflegeversicherung können in Anspruch genommen werden:

1. Leistungen bei häuslicher Pflege:
 - a) Pflegesachleistung,
 - b) Pflegegeld für selbst beschaffte Pflegehilfen,
 - c) häusliche Pflege bei Verhinderung der Pflegeperson,
 - d) Pflegehilfsmittel und technische Hilfen,
2. teilstationäre Pflege und Kurzzeitpflege,
3. Leistungen für Pflegepersonen, insbesondere
 - a) soziale Sicherung und
 - b) Pflegekurse,
4. vollstationäre Pflege.

(2) Zuständig sind die bei den Krankenkassen errichteten Pflegekassen.

¹⁾ eingefügt durch PflegeVG vom 26. 5. 1994 (BGBl. I S. 1014, ber. S. 2797), in Kraft ab 1. 1. 1995

§ 21b¹⁾ Leistungen bei Schwangerschaftsabbrüchen

(1) Nach dem Gesetz zur Hilfe für Frauen bei Schwangerschaftsabbrüchen in besonderen Fällen können bei einem nicht rechtswidrigen oder unter den Voraussetzungen des § 218a Abs. 1 des Strafgesetzbuches vorgenommenen Abbruch einer Schwangerschaft Leistungen in Anspruch genommen werden.

(2)²⁾ Zuständig sind die Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen, die See-Krankenkasse, die landwirtschaftliche Krankenkasse, die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See und die Ersatzkassen.

¹⁾ eingefügt durch SFHÄndG vom 21. 8. 1995 (BGBl. I S. 1050)

²⁾ Abs. 2 geändert durch RVOrgG vom 9. 12. 2004 (BGBl. I S. 3242), in Kraft ab 1. 10. 2005

§ 22¹⁾ Leistungen der gesetzlichen Unfallversicherung

(1)²⁾ Nach dem Recht der gesetzlichen Unfallversicherung können in Anspruch genommen werden:

1. Maßnahmen zur Verhütung von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren und zur Ersten Hilfe sowie Maßnahmen zur Früherkennung von Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren,
2. Heilbehandlung, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben und andere Leistungen zur Erhaltung, Besserung und Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit sowie zur Erleichterung der Verletzungsfolgen einschließlich wirtschaftlicher Hilfen,
3. Renten wegen Minderung der Erwerbsfähigkeit,

SGB I Art. I §§ 23–24

4. Renten an Hinterbliebene, Sterbegeld und Beihilfen,
5. Rentenabfindungen,
6. Haushaltshilfe,
7. Betriebshilfe für Landwirte.

(2)³⁾ Zuständig sind die gewerblichen und die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, die Gemeindeunfallversicherungsverbände, die Feuerwehr-Unfallkassen, die Eisenbahn-Unfallkasse, die Unfallkasse Post und Telekom, die Unfallkassen der Länder und Gemeinden, die gemeinsamen Unfallkassen für den Landes- und kommunalen Bereich und die Unfallkasse des Bundes.

¹⁾ geändert durch SGB X Art. II vom 4. 11. 1982

²⁾ Abs. 1 Nr. 1 geändert durch UVEG vom 7. 8. 1996 (BGBl. I S. 1254); Abs. 1 Nr. 2 geändert durch SGB IX vom 19. 6. 2001 (BGBl. I S. 1046), in Kraft ab 1. 7. 2001

³⁾ Abs. 2 geändert durch G zur Verbesserung des Wahlrechts für die Sozialversicherungswahlen vom 27. 7. 1984 (BGBl. I S. 1277); geändert durch UVEG vom 7. 8. 1996 (BGBl. I S. 1254), in Kraft ab 1. 1. 1997; Abs. 2 geändert durch HZvNG vom 21. 6. 2002 (BGBl. I S. 2167), in Kraft ab 1. 1. 2003

§ 23¹⁾ Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung einschließlich der Alterssicherung der Landwirte

(1)²⁾ Nach dem Recht der gesetzlichen Rentenversicherung einschließlich der Alterssicherung der Landwirte können in Anspruch genommen werden:

1. in der gesetzlichen Rentenversicherung:
 - a) Heilbehandlung, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben und andere Leistungen zur Erhaltung, Besserung und Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit einschließlich wirtschaftlicher Hilfen,
 - b) Renten wegen Alters, Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und Knappschaftsausgleichsleistung,
 - c) Renten wegen Todes,
 - d) Witwen- und Witwerrentenabfindungen sowie Beitragserstattungen,
 - e) Zuschüsse zu den Aufwendungen für die Krankenversicherung,
 - f) Leistungen für Kindererziehung.
2. in der Alterssicherung der Landwirte:
 - a) Heilbehandlung und andere Leistungen zur Erhaltung, Besserung und Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit einschließlich Betriebs- oder Haushaltshilfe,
 - b) Renten wegen Erwerbsminderung und Alters,
 - c) Renten wegen Todes,
 - d) Beitragszuschüsse,
 - e) Betriebs- und Haushaltshilfe oder sonstige Leistungen zur Aufrechterhaltung des Unternehmens der Landwirtschaft.

(2)³⁾ Zuständig sind

1. in der allgemeinen Rentenversicherung die Regionalträger, die Deutsche Rentenversicherung Bund und die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See,
2. in der knappschaftlichen Rentenversicherung die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See,
3. in der Alterssicherung der Landwirte die landwirtschaftlichen Alterskassen.

¹⁾ geändert durch SGB X Art. II vom 4. 11. 1982

²⁾ Abs. 1 Nr. 1 geändert durch RRG 1992 vom 18. 12. 1989 (BGBl. I S. 2261, ber. BGBl. I 1990 S. 1337); Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe e eingefügt durch Haushaltsbegleitgesetz 1984 vom 22. 12. 1983 (BGBl. I S. 1532), geändert durch das 4. Euro-EG vom 21. 12. 2000 (BGBl. I S. 1983), in Kraft ab 1. 1. 2001; Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe f eingefügt durch KLG vom 12. 7. 1987 (BGBl. I S. 1585); Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a geändert durch SGB IX vom 19. 6. 2001 (BGBl. I S. 1046), in Kraft ab 1. 7. 2001

Abs. 1 Nr. 2 geändert durch 2. Agrarsoziales Ergänzungsgesetz vom 9. 7. 1980 (BGBl. I S. 905); geändert durch 3. Agrarsoziales Ergänzungsgesetz vom 20. 12. 1985 (BGBl. I S. 2475); Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe b geändert durch G zur Reform der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit vom 20. 12. 2000 (BGBl. I S. 1827), in Kraft ab 1. 1. 2001; Abs. 1 Nr. 2 geändert durch das 4. Euro-EG vom 21. 12. 2000 (BGBl. I S. 1983), in Kraft ab 1. 1. 2001; Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe e geändert durch 2. G z. Änd. des SGB VI u. a. Gesetze vom 27. 12. 2003 (BGBl. I S. 3013), in Kraft ab 1. 4. 2004

³⁾ Abs. 2 Nr. 1 geändert durch ENeuOG vom 27. 12. 1993 (BGBl. I S. 2378, ber. BGBl. I 1994 S. 2439); Abs. 2 neu gefasst durch RVOrgG vom 9. 12. 2004 (BGBl. I S. 3242), in Kraft ab 1. 1. 2005

§ 24¹⁾ Versorgungsleistungen bei Gesundheitsschäden

(1) Nach dem Recht der sozialen Entschädigung bei Gesundheitsschäden können in Anspruch genommen werden:

1. Heil- und Krankenbehandlung sowie andere Leistungen zur Erhaltung, Besserung und Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit einschließlich wirtschaftlicher Hilfen,
2. besondere Hilfen im Einzelfall einschließlich Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben,
3. Renten wegen Minderung der Erwerbsfähigkeit,
4. Renten an Hinterbliebene, Bestattungsgeld und Sterbegeld,
5. Kapitalabfindung, insbesondere zur Wohnraumbeschaffung.

(2) „Zuständig sind die Versorgungsämter, die Landesversorgungsämter und die orthopädischen Versorgungsstellen, für die besonderen Hilfen im Einzelfall die Kreise und kreisfreien Städte sowie die Hauptfürsorgestellen. „Bei der Durchführung der Heil- und Krankenbehandlung wirken die Träger der gesetzlichen Krankenversicherung mit.

¹⁾ geändert durch SGB X Art. II vom 4. 11. 1982; Abs. 1 Nr. 2 geändert durch SGB IX vom 19. 6. 2001 (BGBl. I S. 1046), in Kraft ab 1. 7. 2001

§ 25 ¹⁾ Kindergeld, Erziehungsgeld und Elterngeld

(1) ²⁾ Nach dem Bundeskindergeldgesetz kann nur dann Kindergeld in Anspruch genommen werden, wenn nicht der Familienleistungsausgleich nach § 31 des Einkommensteuergesetzes zur Anwendung kommt.

(2) ³⁾ „Nach dem Recht des Erziehungsgeldes kann grundsätzlich für jedes Kind Erziehungsgeld in Anspruch genommen werden. „Anspruch auf Elterngeld besteht nach dem Recht des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes.

(3) ⁴⁾ Für die Ausführung des Absatzes 1 sind die Familienkassen, für die Ausführung des Absatzes 2 Satz 1 die nach § 10 des Bundeserziehungsgeldgesetzes bestimmten Stellen und für die Ausführung des Absatzes 2 Satz 2 die nach § 12 des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes bestimmten Stellen zuständig.

¹⁾ geändert durch SGB X Art. II vom 4. 11. 1982; geändert durch BErzGG vom 6. 12. 1985 (BGBl. I S. 2154); Überschrift geändert durch ElterngeldG vom 5. 12. 2006 (BGBl. I S. 2748), in Kraft ab 1. 1. 2007

²⁾ Abs. 1 geändert durch UVEG vom 7. 8. 1996 (BGBl. I S. 1254), in Kraft ab 1. 8. 1996

³⁾ Abs. 2 geändert durch ElterngeldG vom 5. 12. 2006 (BGBl. I S. 2748), in Kraft ab 1. 1. 2007

⁴⁾ Abs. 3 neu gefasst durch ElterngeldG vom 5. 12. 2006 (BGBl. I S. 2748), in Kraft ab 1. 1. 2007

§ 26 ¹⁾ Wohngeld

(1) Nach dem Wohngeldrecht kann als Zuschuß zur Miete oder als Zuschuß zu den Aufwendungen für den eigengenutzten Wohnraum Wohngeld in Anspruch genommen werden.

(2) Zuständig sind die durch Landesrecht bestimmten Behörden.

¹⁾ geändert durch SGB X Art. II vom 4. 11. 1982

§ 27 ¹⁾ Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe

(1) ²⁾ Nach dem Recht der Kinder- und Jugendhilfe können in Anspruch genommen werden:

1. Angebote der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Jugendschutzes,
2. Angebote zur Förderung der Erziehung in der Familie,
3. Angebote zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege,
4. Hilfe zur Erziehung, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche sowie Hilfe für junge Volljährige.

(2) Zuständig sind die Kreise und die kreisfreien Städte, nach Maßgabe des Landesrechts auch kreisangehörige Gemeinden; sie arbeiten mit der freien Jugendhilfe zusammen.

¹⁾ neu gefasst durch KJHG vom 26. 6. 1990 (BGBl. I S. 1163); geändert durch SGB X Art. II vom 4. 11. 1982

²⁾ Abs. 1 Nr. 4 neu gefasst durch G zur Reform des Sozialhilferechts vom 23. 7. 1996 (BGBl. I S. 1088), in Kraft ab 1. 8. 1996

§ 28 ¹⁾ Leistungen der Sozialhilfe

(1) ²⁾ Nach dem Recht der Sozialhilfe können in Anspruch genommen werden:

1. Hilfe zum Lebensunterhalt,
 - 1a. Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung,
2. Hilfen zur Gesundheit,
3. Eingliederungshilfe für behinderte Menschen,
4. Hilfe zur Pflege,
5. Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten,
6. Hilfe in anderen Lebenslagen

sowie die jeweils gebotene Beratung und Unterstützung.

(2) Zuständig sind die Kreise und kreisfreien Städte, die überörtlichen Träger der Sozialhilfe und für besondere Aufgaben die Gesundheitsämter; sie arbeiten mit den Trägern der freien Wohlfahrtspflege zusammen.

¹⁾ geändert durch SGB X Art. II vom 4. 11. 1982

²⁾ Abs. 1 neu gefasst durch VerwaltungsvereinfachungsG vom 21. 3. 2005 (BGBl. I S. 818), in Kraft ab 30. 3. 2005

§ 29 ¹⁾ Leistungen zur Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen

(1) ²⁾ Nach dem Recht der Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen können in Anspruch genommen werden

1. Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, insbesondere
 - a) Frühförderung behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder,
 - b) ärztliche und zahnärztliche Behandlung,



SGB I Art. I §§ 30–33

- c) Arznei- und Verbandmittel sowie Heilmittel einschließlich physikalischer, Sprach- und Beschäftigungstherapie,
 - d) Körperersatzstücke, orthopädische und andere Hilfsmittel,
 - e) Belastungserprobung und Arbeitstherapie,
2. Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, insbesondere
- a) Hilfen zum Erhalten oder Erlangen eines Arbeitsplatzes,
 - b) Berufsvorbereitung, berufliche Anpassung, Ausbildung und Weiterbildung,
 - c) sonstige Hilfen zur Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben,
3. Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft, insbesondere Hilfen
- a) zur Entwicklung der geistigen und körperlichen Fähigkeiten vor Beginn der Schulpflicht,
 - b) zur angemessenen Schulbildung,
 - c) zur heilpädagogischen Förderung,
 - d) zum Erwerb praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten,
 - e) zur Ausübung einer angemessenen Tätigkeit, soweit Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben nicht möglich sind,
 - f) zur Förderung der Verständigung mit der Umwelt,
 - g) zur Freizeitgestaltung und sonstigen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben,
4. unterhaltssichernde und andere ergänzende Leistungen, insbesondere
- a) Krankengeld, Versorgungskrankengeld, Verletztengeld, Übergangsgeld, Ausbildungsgeld oder Unterhaltsbeihilfe,
 - b) Beiträge zur gesetzlichen Kranken-, Unfall-, Renten- und Pflegeversicherung sowie zur Bundesagentur für Arbeit,
 - c) Reisekosten,
 - d) Haushalts- oder Betriebshilfe und Kinderbetreuungskosten,
 - e) Rehabilitationssport und Funktionstraining,
5. besondere Leistungen und sonstige Hilfen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Leben in der Gesellschaft, insbesondere am Arbeitsleben.
- (2) Zuständig sind die in den §§ 19 bis 24, 27 und 28 genannten Leistungsträger und die Integrationsämter.

¹⁾ § 29 neu gefasst durch SGB IX vom 19. 6. 2001 (BGBl. I S. 1046), in Kraft ab 1. 7. 2001

²⁾ Abs. 1 Nr. 4 Buchstabe b geändert durch 3. G für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 23. 12. 2003 (BGBl. I S. 2848), in Kraft ab 1. 1. 2004

Dritter Abschnitt Gemeinsame Vorschriften für alle Sozialleistungsbereiche dieses Gesetzbuchs

Erster Titel Allgemeine Grundsätze

§ 30 Geltungsbereich

(1) Die Vorschriften dieses Gesetzbuchs gelten für alle Personen, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in seinem Geltungsbereich haben.

(2) ¹⁾ Regelungen des über- und zwischenstaatlichen Rechts bleiben unberührt.

(3) ¹Einen Wohnsitz hat jemand dort, wo er eine Wohnung unter Umständen innehat, die darauf schließen lassen, daß er die Wohnung beibehalten und benutzen wird. ²Den gewöhnlichen Aufenthalt hat jemand dort, wo er sich unter Umständen aufhält, die erkennen lassen, daß er an diesem Ort oder in diesem Gebiet nicht nur vorübergehend verweilt.

¹⁾ Abs. 2 geändert durch SGB X Art. II vom 4. 11. 1982

§ 31 Vorbehalt des Gesetzes

Rechte und Pflichten in den Sozialleistungsbereichen dieses Gesetzbuchs dürfen nur begründet, festgestellt, geändert oder aufgehoben werden, soweit ein Gesetz es vorschreibt oder zuläßt.

§ 32 Verbot nachteiliger Vereinbarungen

Privatrechtliche Vereinbarungen, die zum Nachteil des Sozialleistungsberechtigten von Vorschriften dieses Gesetzbuchs abweichen, sind nichtig.

§ 33 Ausgestaltung von Rechten und Pflichten

¹Ist der Inhalt von Rechten oder Pflichten nach Art oder Umfang nicht im einzelnen bestimmt, sind bei ihrer Ausgestaltung die persönlichen Verhältnisse des Berechtigten oder Verpflichteten, sein Bedarf und seine Leistungsfähigkeit sowie

die örtlichen Verhältnisse zu berücksichtigen, soweit Rechtsvorschriften nicht entgegenstehen. 2Dabei soll den Wünschen des Berechtigten oder Verpflichteten entsprochen werden, soweit sie angemessen sind.

§ 33a 1) Altersabhängige Rechte und Pflichten

(1) Sind Rechte oder Pflichten davon abhängig, daß eine bestimmte Altersgrenze erreicht oder nicht überschritten ist, ist das Geburtsdatum maßgebend, das sich aus der ersten Angabe des Berechtigten oder Verpflichteten oder seiner Angehörigen gegenüber einem Sozialleistungsträger oder, soweit es sich um eine Angabe im Rahmen des Dritten oder Sechsten Abschnitts des Vierten Buches handelt, gegenüber dem Arbeitgeber ergibt.

(2) Von einem nach Absatz 1 maßgebenden Geburtsdatum darf nur abgewichen werden, wenn der zuständige Leistungsträger feststellt, daß

1. ein Schreibfehler vorliegt oder
2. sich aus einer Urkunde, deren Original vor dem Zeitpunkt der Angabe nach Absatz 1 ausgestellt worden ist, ein anderes Geburtsdatum ergibt.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten für Geburtsdaten, die Bestandteil der Versicherungsnummer oder eines anderen in den Sozialleistungsbereichen dieses Gesetzbuchs verwendeten Kennzeichens sind, entsprechend.

¹⁾ eingefügt durch 1. SGB III-ÄndG vom 16. 12. 1997 (BGBl. I S. 2970), in Kraft ab 1. 1. 1998

§ 33b 1) Lebenspartnerschaften

Lebenspartnerschaften im Sinne dieses Gesetzbuches sind Lebenspartnerschaften nach dem Lebenspartnerschaftengesetz.

¹⁾ § 33b eingefügt durch G z. Beend. d. Diskrimin. gleichgeschlechtl. Gemeinschaften vom 16. 2. 2001 (BGBl. I S. 266), in Kraft ab 1. 8. 2001

§ 33c 1) Benachteiligungsverbot

1Bei der Inanspruchnahme sozialer Rechte darf niemand aus Gründen der Rasse, wegen der ethnischen Herkunft oder einer Behinderung benachteiligt werden. 2Ansprüche können nur insoweit geltend gemacht oder hergeleitet werden, als deren Voraussetzungen und Inhalt durch die Vorschriften der besonderen Teile dieses Gesetzbuchs im Einzelnen bestimmt sind.

¹⁾ § 33c eingefügt durch RichtlUmsetzG Gleichbehdl. vom 14. 8. 2006 (BGBl. I S. 1897), in Kraft ab 18. 8. 2006

§ 34 1) Begrenzung von Rechten und Pflichten

(1) Soweit Rechte und Pflichten nach diesem Gesetzbuch ein familienrechtliches Rechtsverhältnis voraussetzen, reicht ein Rechtsverhältnis, das gemäß Internationalem Privatrecht dem Recht eines anderen Staates unterliegt und nach diesem Recht besteht, nur aus, wenn es dem Rechtsverhältnis im Geltungsbereich dieses Gesetzbuchs entspricht.

(2) ²⁾ Ansprüche mehrerer Ehegatten auf Witwenrente oder Witwenrente werden anteilig und endgültig aufgeteilt.

¹⁾ eingefügt durch G zur Neuregelung des Internationalen Privatrechts vom 25. 7. 1986 (BGBl. I S. 1142)

²⁾ Abs. 2 geändert durch RRG 1992 vom 18. 12. 1989 (BGBl. I S. 2261, ber. BGBl. I 1990 S. 1337)

§ 35 1) Sozialgeheimnis

(1) ²⁾ 1Jeder hat Anspruch darauf, daß die ihn betreffenden Sozialdaten (§ 67 Abs. 1 Zehntes Buch) von den Leistungsträgern nicht unbefugt erhoben, verarbeitet oder genutzt werden (Sozialgeheimnis). 2Die Wahrung des Sozialgeheimnisses umfaßt die Verpflichtung, auch innerhalb des Leistungsträgers sicherzustellen, daß die Sozialdaten nur Befugten zugänglich sind oder nur an diese weitergegeben werden. 3Sozialdaten der Beschäftigten und ihrer Angehörigen dürfen Personen, die Personalentscheidungen treffen oder daran mitwirken können, weder zugänglich sein noch von Zugriffsberechtigten weitergegeben werden. 4Der Anspruch richtet sich auch gegen die Verbände der Leistungsträger, die Arbeitsgemeinschaften der Leistungsträger und ihrer Verbände, die Datenstelle der Träger der Rentenversicherung, die in diesem Gesetzbuch genannten öffentlich-rechtlichen Vereinigungen, gemeinsame Servicestellen, Integrationsfachdienste, die Künstlersozialkasse, die Deutsche Post AG, soweit sie mit der Berechnung oder Auszahlung von Sozialleistungen betraut ist, die Behörden der Zollverwaltung, soweit sie Aufgaben nach § 2 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes, nach § 107 Abs. 1 des Vierten Buches und § 66 des Zehnten Buches durchführen, die Versicherungsämter und Gemeindebehörden sowie die anerkannten Adoptionsvermittlungsstellen (§ 2 Abs. 2 des Adoptionsvermittlungsgesetzes), soweit sie Aufgaben nach diesem Gesetzbuch wahrnehmen, das Bundesamt für Güterverkehr, soweit es Aufgaben nach § 107 Abs. 1 Satz 2 des Vierten Buches durchführt, und die Stellen, die Aufgaben nach § 67c Abs. 3 des Zehnten Buches wahrnehmen. 5Die Beschäftigten haben auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit bei den genannten Stellen das Sozialgeheimnis zu wahren.

(2) ³⁾ Eine Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von Sozialdaten ist nur unter den Voraussetzungen des Zweiten Kapitels des Zehnten Buches zulässig.

(3) ⁴⁾ Soweit eine Übermittlung nicht zulässig ist, besteht keine Auskunftspflicht, keine Zeugnispflicht und keine Pflicht zur Vorlegung oder Auslieferung von Schriftstücken, nicht automatisierten Dateien und automatisiert erhobenen, verarbeiteten oder genutzten Sozialdaten.

SGB I Art. I §§ 36–38

(4)⁵⁾ Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse stehen Sozialdaten gleich.

(5)⁶⁾ 1Sozialdaten Verstorbener dürfen nach Maßgabe des Zehnten Buches verarbeitet oder genutzt werden. 2Sie dürfen außerdem verarbeitet oder genutzt werden, wenn schutzwürdige Interessen des Verstorbenen oder seiner Angehörigen dadurch nicht beeinträchtigt werden können.

¹⁾ geändert durch RRG 1992 vom 18. 12. 1989 (BGBl. I S. 2261, ber. BGBl. I 1990 S. 1337)

²⁾ Abs. 1 geändert durch 2. SGBÄndG vom 13. 6. 1994 (BGBl. I S. 1229), in Kraft ab 1. 7. 1994; geändert durch AFRG vom 24. 3. 1997 (BGBl. I S. 594), in Kraft ab 1. 1. 1998; Abs. 1 Satz 4 geändert durch das 4. Euro-EG vom 21. 12. 2000 (BGBl. I S. 1983), in Kraft ab 1. 1. 2001; Abs. 1 Satz 4 geändert durch SGB IX vom 19. 6. 2001 (BGBl. I S. 1046), in Kraft ab 1. 7. 2001; Abs. 1 Satz 4 geändert durch G z Reg Adoption vom 5. 11. 2001 (BGBl. I S. 2950), in Kraft ab 1. 1. 2002; Abs. 1 Satz 4 geändert durch GüKBillBG vom 2. 9. 2001 (BGBl. I S. 2272), in Kraft ab 7. 9. 2001; Abs. 1 Satz 4 geändert durch G z Erl. d. Bek. illegaler Beschäftigung u. Schwarzarbeit vom 23. 7. 2002 (BGBl. I S. 2787), in Kraft ab 1. 8. 2002; Abs. 1 Satz 4 geändert durch Schwarzarbeitsbekämpfungsg vom 23. 7. 2004 (BGBl. I S. 1842), in Kraft ab 1. 8. 2004; Abs. 1 Satz 4 geändert durch RVOrgG vom 9. 12. 2004 (BGBl. I S. 3242), in Kraft ab 1. 1. 2005

³⁾ Abs. 2 geändert durch 2. SGBÄndG vom 13. 6. 1994 (BGBl. I S. 1229), in Kraft ab 1. 7. 1994; Abs. 3 neu gefasst durch BDSG-ÄndG vom 18. 5. 2001 (BGBl. I S. 904); in Kraft ab 23. 5. 2001

⁴⁾ Abs. 3 geändert durch 2. SGBÄndG vom 13. 6. 1994 (BGBl. I S. 1229), in Kraft ab 1. 7. 1994; Abs. 3 neu gefasst durch G. z. Änd. d. BDSG u. a. G. vom 18. 5. 2001 (BGBl. I S. 904), in Kraft ab 23. 5. 2001

⁵⁾ Abs. 4 geändert durch 2. SGBÄndG vom 13. 6. 1994 (BGBl. I S. 1229), in Kraft ab 1. 7. 1994

⁶⁾ Abs. 5 eingefügt durch 2. SGBÄndG vom 13. 6. 1994 (BGBl. I S. 1229), in Kraft ab 1. 7. 1994

§ 36 Handlungsfähigkeit

(1) 1Wer das fünfzehnte Lebensjahr vollendet hat, kann Anträge auf Sozialleistungen stellen und verfolgen sowie Sozialleistungen entgegennehmen. 2Der Leistungsträger soll den gesetzlichen Vertreter über die Antragstellung und die erbrachten Sozialleistungen unterrichten.

(2) 1Die Handlungsfähigkeit nach Absatz 1 Satz 1 kann vom gesetzlichen Vertreter durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Leistungsträger eingeschränkt werden. 2Die Rücknahme von Anträgen, der Verzicht auf Sozialleistungen und die Entgegennahme von Darlehen bedürfen der Zustimmung des gesetzlichen Vertreters.

§ 36a¹⁾ Elektronische Kommunikation

(1) Die Übermittlung elektronischer Dokumente ist zulässig, soweit der Empfänger hierfür einen Zugang eröffnet.

(2) 1Eine durch Rechtsvorschrift angeordnete Schriftform kann, soweit nicht durch Rechtsvorschrift etwas anderes bestimmt ist, durch die elektronische Form ersetzt werden. 2In diesem Fall ist das elektronische Dokument mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz zu versehen. 3Die Signierung mit einem Pseudonym, das die Identifizierung der Person des Signaturschlüsselinhabers nicht ermöglicht, ist nicht zulässig.

(3) 1Ist ein der Behörde übermitteltes elektronisches Dokument für sie zur Bearbeitung nicht geeignet, teilt sie dies dem Absender unter Angabe der für sie geltenden technischen Rahmenbedingungen unverzüglich mit. 2Macht ein Empfänger geltend, er könne das von der Behörde übermittelte elektronische Dokument nicht bearbeiten, übermittelt sie es ihm erneut in einem geeigneten elektronischen Format oder als Schriftstück.

(4)²⁾ 1Die Träger der Sozialversicherung einschließlich der Bundesagentur für Arbeit, ihre Verbände und Arbeitsgemeinschaften verwenden unter Beachtung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit im jeweiligen Sozialleistungsbereich Zertifizierungsdienste nach dem Signaturgesetz, die eine gemeinsame und bundeseinheitliche Kommunikation und Übermittlung der Daten und die Überprüfbarkeit der qualifizierten elektronischen Signatur auf Dauer sicherstellen. 2Diese Träger sollen über ihren jeweiligen Bereich hinaus Zertifizierungsdienste im Sinne des Satzes 1 verwenden. 3Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für die Leistungserbringer nach dem Fünften und dem Elften Buch und die von ihnen gebildeten Organisationen.

¹⁾ § 36a eingefügt durch 3. G z. Änd. verwerfrechtl. Vorschr. vom 21. 8. 2002 (BGBl. I S. 3322), in Kraft ab 1. 2. 2003

²⁾ Abs. 4 Satz 1 geändert durch 3. G für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 23. 12. 2003 (BGBl. I S. 2848), in Kraft ab 1. 1. 2004

§ 37¹⁾ Vorbehalt abweichender Regelungen

1Das Erste und Zehnte Buch gelten für alle Sozialleistungsbereiche dieses Gesetzbuchs, soweit sich aus den übrigen Büchern nichts Abweichendes ergibt; § 68 bleibt unberührt. 2Der Vorbehalt gilt nicht für die §§ 1 bis 17 und 31 bis 36. 3Das Zweite Kapitel des Zehnten Buches geht dessen Erstem Kapitel vor, soweit sich die Ermittlung des Sachverhaltes auf Sozialdaten erstreckt.

¹⁾ neu gefasst durch 2. SGBÄndG vom 13. 6. 1994 (BGBl. I S. 1229), in Kraft ab 18. 6. 1994; Satz 1 geändert durch das 4. Euro-EG vom 21. 12. 2000 (BGBl. I S. 1983), in Kraft ab 1. 1. 2001

Zweiter Titel Grundsätze des Leistungsrechts

§ 38 Rechtsanspruch

Auf Sozialleistungen besteht ein Anspruch, soweit nicht nach den besonderen Teilen dieses Gesetzbuchs die Leistungsträger ermächtigt sind, bei der Entscheidung über die Leistung nach ihrem Ermessen zu handeln.

§ 39 Ermessensleistungen

(1) 1 Sind die Leistungsträger ermächtigt, bei der Entscheidung über Sozialleistungen nach ihrem Ermessen zu handeln, haben sie ihr Ermessen entsprechend dem Zweck der Ermächtigung auszuüben und die gesetzlichen Grenzen des Ermessens einzuhalten. 2 Auf pflichtgemäße Ausübung des Ermessens besteht ein Anspruch.

(2) Für Ermessensleistungen gelten die Vorschriften über Sozialleistungen, auf die ein Anspruch besteht, entsprechend, soweit sich aus den Vorschriften dieses Gesetzbuchs nichts Abweichendes ergibt.

§ 40 Entstehen der Ansprüche

(1) Ansprüche auf Sozialleistungen entstehen, sobald ihre im Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes bestimmten Voraussetzungen vorliegen.

(2) Bei Ermessensleistungen ist der Zeitpunkt maßgebend, in dem die Entscheidung über die Leistung bekanntgegeben wird, es sei denn, daß in der Entscheidung ein anderer Zeitpunkt bestimmt ist.

§ 41 Fälligkeit

Soweit die besonderen Teile dieses Gesetzbuchs keine Regelung enthalten, werden Ansprüche auf Sozialleistungen mit ihrem Entstehen fällig.

§ 42 Vorschüsse

(1) 1 Besteht ein Anspruch auf Geldleistungen dem Grund nach und ist zur Feststellung seiner Höhe voraussichtlich längere Zeit erforderlich, kann der zuständige Leistungsträger Vorschüsse zahlen, deren Höhe er nach pflichtgemäßem Ermessen bestimmt. 2 Er hat Vorschüsse nach Satz 1 zu zahlen, wenn der Berechtigte es beantragt; die Vorschußzahlung beginnt spätestens nach Ablauf eines Kalendermonats nach Eingang des Antrags.

(2) 1) 1 Die Vorschüsse sind auf die zustehende Leistung anzurechnen. Soweit sie diese übersteigen, sind sie vom Empfänger zu erstatten. 2 § 50 Abs. 4 des Zehnten Buches gilt entsprechend.

(3) 2) Für die Stundung, Niederschlagung und den Erlaß des Erstattungsanspruchs gilt § 76 Abs. 2 des Vierten Buches entsprechend.

¹⁾ Abs. 2 geändert durch SGB X Art. II vom 4. 11. 1982

²⁾ Abs. 3 geändert durch 2. SGBÄndG vom 13. 6. 1994 (BGBl. I S. 1229), in Kraft ab 18. 6. 1994

§ 43 Vorläufige Leistungen

(1) 1 Besteht ein Anspruch auf Sozialleistungen und ist zwischen mehreren Leistungsträgern streitig, wer zur Leistung verpflichtet ist, kann der unter ihnen zuerst angegangene Leistungsträger vorläufig Leistungen erbringen, deren Umfang er nach pflichtgemäßem Ermessen bestimmt. 2 Er hat Leistungen nach Satz 1 zu erbringen, wenn der Berechtigte es beantragt; die vorläufigen Leistungen beginnen spätestens nach Ablauf eines Kalendermonats nach Eingang des Antrags.

(2) 1 Für die Leistungen nach Absatz 1 gilt § 42 Abs. 2 und 3 entsprechend. 2 Ein Erstattungsanspruch gegen den Empfänger steht nur dem zur Leistung verpflichteten Leistungsträger zu.

(3) 1) (gestrichen)

¹⁾ Abs. 3 gestrichen durch SGB X Art. II vom 4. 11. 1982

§ 44 Verzinsung

(1) Ansprüche und Geldleistungen sind nach Ablauf eines Kalendermonats nach dem Eintritt ihrer Fälligkeit bis zum Ablauf des Kalendermonats vor der Zahlung mit vier vom Hundert zu verzinsen.

(2) Die Verzinsung beginnt frühestens nach Ablauf von sechs Kalendermonaten nach Eingang des vollständigen Leistungsantrags beim zuständigen Leistungsträger, beim Fehlen eines Antrags nach Ablauf eines Kalendermonats nach der Bekanntgabe der Entscheidung über die Leistung.

(3) 1) 1 Verzinst werden volle Euro-Beträge. 2 Dabei ist der Kalendermonat mit dreißig Tagen zugrunde zu legen.

¹⁾ Abs. 3 geändert durch 4. Euro-EG vom 21. 12. 2000 (BGBl. I S. 1983), in Kraft ab 1. 1. 2002

§ 45 Verjährung

(1) Ansprüche auf Sozialleistungen verjähren in vier Jahren nach Ablauf des Kalenderjahrs, in dem sie entstanden sind.

(2) 1) Für die Hemmung, die Ablaufhemmung, den Neugebinn und die Wirkung der Verjährung gelten die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs sinngemäß.

SGB I Art. I §§ 46–51

(3) ²⁾ 1Die Verjährung wird auch durch schriftlichen Antrag auf die Sozialleistung oder durch Erhebung eines Widerspruchs gehemmt. 2Die Hemmung endet sechs Monate nach Bekanntgabe der Entscheidung über den Antrag oder den Widerspruch.

(4) ³⁾ (gestrichen)

¹⁾ Abs. 2 neu gefasst durch HZvNG vom 21. 6. 2002 (BGBl. I S. 2167), in Kraft m.W.v. 1. 1. 2002

²⁾ Abs. 3 neu gefasst durch HZvNG vom 21. 6. 2002 (BGBl. I S. 2167), in Kraft m.W.v. 1. 1. 2002

³⁾ Abs. 4 gestrichen durch SGB X Art. II vom 4. 11. 1982

§ 46 Verzicht

(1) Auf Ansprüche auf Sozialleistungen kann durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Leistungsträger verzichtet werden; der Verzicht kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

(2) Der Verzicht ist unwirksam soweit durch ihn andere Personen oder Leistungsträger belastet oder Rechtsvorschriften umgangen werden.

§ 47 Auszahlung von Geldleistungen

Soweit die besonderen Teile dieses Gesetzbuchs keine Regelung enthalten, sollen Geldleistungen kostenfrei auf ein Konto des Empfängers bei einem Geldinstitut überwiesen oder, wenn der Empfänger es verlangt, kostenfrei an seinen Wohnsitz übermittelt werden.

§ 48 Auszahlung bei Verletzung der Unterhaltspflicht

(1) ¹⁾ 1Laufende Geldleistungen, die der Sicherung des Lebensunterhalts zu dienen bestimmt sind, können in angemessener Höhe an den Ehegatten oder die Kinder des Leistungsberechtigten ausgezahlt werden, wenn er ihnen gegenüber seiner gesetzlichen Unterhaltspflicht nicht nachkommt. 2Kindergeld, Kinderzuschläge und vergleichbare Rentenbestandteile (Geldleistungen für Kinder) können an Kinder, die bei der Festsetzung der Geldleistungen berücksichtigt werden, bis zur Höhe des Betrages, der sich bei entsprechender Anwendung des § 54 Abs. 5 Satz 2 ergibt, ausgezahlt werden. 3Für das Kindergeld gilt dies auch dann, wenn der Kindergeldberechtigte mangels Leistungsfähigkeit nicht unterhaltspflichtig ist oder nur Unterhalt in Höhe eines Betrages zu leisten braucht, der geringer ist als das für die Auszahlung in Betracht kommende Kindergeld. 4Die Auszahlung kann auch an die Person oder Stelle erfolgen, die dem Ehegatten oder den Kindern Unterhalt gewährt.

(2) Absatz 1 Satz 1, 2 und 4 gilt entsprechend, wenn unter Berücksichtigung von Kindern, denen gegenüber der Leistungsberechtigte nicht kraft Gesetzes unterhaltspflichtig ist, Geldleistungen erbracht werden und der Leistungsberechtigte diese Kinder nicht unterhält.

¹⁾ Abs. 1 geändert durch 1. SGBÄndG vom 20. 7. 1988 (BGBl. I S. 1046); geändert durch 12. G zur Änderung des BKGG vom 30. 6. 1989 (BGBl. I S. 1297); geändert durch 2. SGBÄndG vom 13. 6. 1994 (BGBl. I S. 1229), in Kraft ab 18. 6. 1994

§ 49 Auszahlung bei Unterbringung

(1) Ist ein Leistungsberechtigter auf Grund richterlicher Anordnung länger als einen Kalendermonat in einer Anstalt oder Einrichtung untergebracht, sind laufende Geldleistungen, die der Sicherung des Lebensunterhalts zu dienen bestimmt sind, an die Unterhaltsberechtigten auszuzahlen, soweit der Leistungsberechtigte kraft Gesetzes unterhaltspflichtig ist und er oder die Unterhaltsberechtigten es beantragen.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend, wenn für Kinder, denen gegenüber der Leistungsberechtigte nicht kraft Gesetzes unterhaltspflichtig ist, Geldleistungen erbracht werden.

(3) ¹⁾ § 48 Abs. 1 Satz 4 bleibt unberührt.

¹⁾ Abs. 3 geändert durch 1. SGBÄndG vom 20. 7. 1988 (BGBl. I S. 1046); geändert durch 2. SGBÄndG vom 13. 6. 1994 (BGBl. I S. 1229), in Kraft ab 18. 6. 1994

§ 50 Überleitung bei Unterbringung

(1) Ist der Leistungsberechtigte untergebracht (§ 49 Abs. 1), kann die Stelle, der die Kosten der Unterbringung zur Last fallen, seine Ansprüche auf laufende Geldleistungen, die der Sicherung des Lebensunterhalts zu dienen bestimmt sind, durch schriftliche Anzeige an den zuständigen Leistungsträger auf sich überleiten.

(2) Die Anzeige bewirkt den Anspruchsübergang nur insoweit, als die Leistung nicht an Unterhaltsberechtigte oder die in § 49 Abs. 2 genannten Kinder zu zahlen ist, der Leistungsberechtigte die Kosten der Unterbringung zu erstatten hat und die Leistung auf den für die Erstattung maßgebenden Zeitraum entfällt.

(3) ¹⁾ Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend, wenn für ein Kind (§ 56 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, Abs. 2), das untergebracht ist (§ 49 Abs. 1), ein Anspruch auf eine laufende Geldleistung besteht.

¹⁾ Abs. 3 geändert durch AdAnpG vom 24. 6. 1985

§ 51 Aufrechnung

(1) ¹⁾ Gegen Ansprüche auf Geldleistungen kann der zuständige Leistungsträger mit Ansprüchen gegen den Berechtigten aufrechnen, soweit die Ansprüche auf Geldleistungen nach § 54 Abs. 2 und 4 pfändbar sind.

(2)²⁾ Mit Ansprüchen auf Erstattung zu Unrecht erbrachter Sozialleistungen und mit Beitragsansprüchen nach diesem Gesetzbuch kann der zuständige Leistungsträger gegen Ansprüche auf laufende Geldleistungen bis zu deren Hälfte aufrechnen, wenn der Leistungsberechtigte nicht nachweist, dass er dadurch hilfebedürftig im Sinne der Vorschriften des Zwölften Buches über die Hilfe zum Lebensunterhalt oder der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch wird.

¹⁾ Abs. 1 geändert durch 2. SGBÄndG vom 13. 6. 1994 (BGBl. I S. 1229), in Kraft ab 18. 6. 1994

²⁾ Abs. 2 geändert durch SGB X Art. II vom 4. 11. 1982; Abs. 2 geändert durch 4. G für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 24. 12. 2003 (BGBl. I S. 2954), in Kraft ab 1. 1. 2005; Abs. 2 geändert durch G zur Einordn. des Sozialhilferechts in das SGB vom 27. 12. 2003 (BGBl. I S. 3022), in Kraft ab 1. 1. 2005; Abs. 2 geändert durch KommOptionsG vom 30. 7. 2004 (BGBl. I S. 1014), in Kraft ab 6. 8. 2004

§ 52 Verrechnung

Der für eine Geldleistung zuständige Leistungsträger kann mit Ermächtigung eines anderen Leistungsträgers dessen Ansprüche gegen den Berechtigten mit der ihm obliegenden Geldleistung verrechnen, soweit nach § 51 die Aufrechnung zulässig ist.

§ 53 Übertragung und Verpfändung

(1) Ansprüche auf Dienst- und Sachleistungen können weder übertragen noch verpfändet werden.

(2) Ansprüche auf Geldleistungen können übertragen und verpfändet werden

1. zur Erfüllung oder zur Sicherung von Ansprüchen auf Rückzahlung von Darlehen und auf Erstattung von Aufwendungen, die im Vorgriff auf fällig gewordene Sozialleistungen zu einer angemessenen Lebensführung gegeben oder gemacht worden sind oder,
2. wenn der zuständige Leistungsträger feststellt, daß die Übertragung oder Verpfändung im wohlverstandenen Interesse des Berechtigten liegt.

(3) Ansprüche auf laufende Geldleistungen, die der Sicherung des Lebensunterhalts zu dienen bestimmt sind, können in anderen Fällen übertragen und verpfändet werden, soweit sie den für Arbeitseinkommen geltenden unpfändbaren Betrag übersteigen.

(4)¹⁾ Der Leistungsträger ist zur Auszahlung an den neuen Gläubiger nicht vor Ablauf des Monats verpflichtet, der dem Monat folgt, in dem er von der Übertragung oder Verpfändung Kenntnis erlangt hat.

(5)²⁾ Eine Übertragung oder Verpfändung von Ansprüchen auf Geldleistungen steht einer Aufrechnung oder Verrechnung auch dann nicht entgegen, wenn der Leistungsträger beim Erwerb des Anspruchs von der Übertragung oder Verpfändung Kenntnis hatte.

(6)³⁾ ¹Soweit bei einer Übertragung oder Verpfändung Geldleistungen zu Unrecht erbracht worden sind, sind sowohl der Leistungsberechtigte als auch der neue Gläubiger als Gesamtschuldner dem Leistungsträger zur Erstattung des entsprechenden Betrages verpflichtet. ²Der Leistungsträger hat den Erstattungsanspruch durch Verwaltungsakt geltend zu machen.

¹⁾ Abs. 4 eingefügt durch BArchG vom 6. 1. 1988 (BGBl. I S. 62)

²⁾ Abs. 5 eingefügt durch BArchG vom 6. 1. 1988 (BGBl. I S. 62)

³⁾ Abs. 6 eingefügt durch VerwaltungsvereinfachungsG vom 21. 3. 2005 (BGBl. I S. 818), in Kraft ab 30. 3. 2005

§ 54 Pfändung

(1) Ansprüche auf Dienst- und Sachleistungen können nicht gepfändet werden.

(2) Ansprüche auf einmalige Geldleistungen können nur gepfändet werden, soweit nach den Umständen des Falles, insbesondere nach den Einkommens- und Vermögensverhältnissen des Leistungsberechtigten, der Art des beizutreibenden Anspruchs sowie der Höhe und der Zweckbestimmung der Geldleistung, die Pfändung der Billigkeit entspricht.

(3)¹⁾ Unpfändbar sind Ansprüche auf

1. Erziehungsgeld und vergleichbare Leistungen der Länder, sowie Elterngeld bis zur Höhe der nach § 10 des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes anrechnungsfreien Beträge,
2. Mutterschaftsgeld nach § 13 Abs. 1 des Mutterschutzgesetzes, soweit das Mutterschaftsgeld nicht aus einer Teilzeitbeschäftigung während der Elternzeit herrührt, bis zur Höhe des Erziehungsgeldes nach § 5 Abs. 1 des Bundeserziehungsgeldgesetzes oder des Elterngeldes nach § 2 des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes, soweit es die anrechnungsfreien Beträge nach § 10 des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes nicht übersteigt,
- 2a. Wohngeld, soweit nicht die Pfändung wegen Ansprüchen erfolgt, die Gegenstand der §§ 5 und 6 des Wohngeldgesetzes sind,
3. Geldleistungen, die dafür bestimmt sind, den durch einen Körper- oder Gesundheitsschaden bedingten Mehraufwand auszugleichen.

(4) Im übrigen können Ansprüche auf laufende Geldleistungen wie Arbeitseinkommen gepfändet werden.

(5)²⁾ ¹Ein Anspruch des Leistungsberechtigten auf Geldleistungen für Kinder (§ 48 Abs. 1 Satz 2) kann nur wegen gesetzlicher Unterhaltsansprüche eines Kindes, das bei der Festsetzung der Geldleistungen berücksichtigt wird, gepfändet werden. ²Für die Höhe des pfändbaren Betrages bei Kindergeld gilt:

SGB I Art. I §§ 55–56

1. Gehört das unterhaltsberechtignte Kind zum Kreis der Kinder, für die dem Leistungsberechtigten Kindergeld gezahlt wird, so ist eine Pfändung bis zu dem Betrag möglich, der bei gleichmäßiger Verteilung des Kindergeldes auf jedes dieser Kinder entfällt. Ist das Kindergeld durch die Berücksichtigung eines weiteren Kindes erhöht, für das einer dritten Person Kindergeld oder dieser oder dem Leistungsberechtigten eine andere Geldleistung für Kinder zusteht, so bleibt der Erhöhungsbetrag bei der Bestimmung des pfändbaren Betrages des Kindergeldes nach Satz 1 außer Betracht.
 2. Der Erhöhungsbetrag (Nummer 1 Satz 2) ist zugunsten jedes bei der Festsetzung des Kindergeldes berücksichtigten unterhaltsberechtignten Kindes zu dem Anteil pfändbar, der sich bei gleichmäßiger Verteilung auf alle Kinder, die bei der Festsetzung des Kindergeldes zugunsten des Leistungsberechtigten berücksichtigt werden, ergibt.
- (6)³⁾ In den Fällen der Absätze 2, 4 und 5 gilt § 53 Abs. 6 entsprechend.

¹⁾ Abs. 3 geändert durch 2. SGBÄndG vom 13. 6. 1994 (BGBl. I S. 1229); Abs. 3 Nr. 2 geändert durch G zur Änderung des Begriffs „Erziehungsurlaub“, in Kraft ab 2. 1. 2001; Abs. 3 Nr. 2 geändert und Nr. 2a eingefügt durch 4. G für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 24. 12. 2003 (BGBl. I S. 2954), in Kraft ab 1. 1. 2005; Abs. 3 Nr. 1 und Nr. 2 geändert durch ElterngeldG vom 5. 12. 2006 (BGBl. I S. 2748), in Kraft ab 1. 1. 2007

²⁾ Abs. 5 eingefügt durch 1. SGBÄndG vom 20. 7. 1988 (BGBl. I S. 1046)

³⁾ Abs. 6 eingefügt durch VerwaltungsvereinfachungsG vom 21. 3. 2005 (BGBl. I S. 818), in Kraft ab 30. 3. 2005

§ 55 Kontenpfändung und Pfändung von Bargeld

(1) ¹⁾ Wird eine Geldleistung auf das Konto des Berechtigten bei einem Geldinstitut überwiesen, ist die Forderung, die durch die Gutschrift entsteht, für die Dauer von sieben Tagen seit der Gutschrift der Überweisung unpfändbar. ²⁾ Eine Pfändung des Guthabens gilt als mit der Maßgabe ausgesprochen, daß sie das Guthaben in Höhe der in Satz 1 bezeichneten Forderung während der sieben Tage nicht erfaßt.

(2) ¹⁾ Das Geldinstitut ist dem Schuldner innerhalb der sieben Tage zur Leistung aus dem nach Absatz 1 Satz 2 von der Pfändung nicht erfaßten Guthaben nur soweit verpflichtet, als der Schuldner nachweist oder als dem Geldinstitut sonst bekannt ist, daß das Guthaben von der Pfändung nicht erfaßt ist. ²⁾ Soweit das Geldinstitut hiernach geleistet hat, gilt Absatz 1 Satz 2 nicht.

(3) ¹⁾ Eine Leistung, die das Geldinstitut innerhalb der sieben Tage aus dem nach Absatz 1 Satz 2 von der Pfändung nicht erfaßten Guthaben an den Gläubiger bewirkt, ist dem Schuldner gegenüber unwirksam. ²⁾ Das gilt auch für eine Hinterlegung.

(4) Bei Empfängern laufender Geldleistungen sind die in Absatz 1 genannten Forderungen nach Ablauf von sieben Tagen seit der Gutschrift sowie Bargeld insoweit nicht der Pfändung unterworfen, als ihr Betrag dem unpfändbaren Teil der Leistungen für die Zeit von der Pfändung bis zum nächsten Zahlungstermin entspricht.

§ 56 Sonderrechtsnachfolge

(1) ¹⁾ ¹⁾ Fällige Ansprüche auf laufende Geldleistungen stehen beim Tode des Berechtigten nacheinander

1. dem Ehegatten,
 - 1a. dem Lebenspartner,
2. den Kindern,
3. den Eltern,
4. dem Haushaltsführer

zu, wenn diese mit dem Berechtigten zur Zeit seines Todes in einem gemeinsamen Haushalt gelebt haben oder von ihm wesentlich unterhalten worden sind. ²⁾ Mehreren Personen einer Gruppe stehen die Ansprüche zu gleichen Teilen zu.

(2) ²⁾ Als Kinder im Sinne des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 2 gelten auch

1. Stiefkinder und Enkel, die in den Haushalt des Berechtigten aufgenommen sind,
2. Pflegekinder (Personen, die mit dem Berechtigten durch ein auf längere Dauer angelegtes Pflegeverhältnis mit häuslicher Gemeinschaft wie Kinder mit Eltern verbunden sind),
3. Geschwister des Berechtigten, die in seinen Haushalt aufgenommen worden sind.

(3) ³⁾ Als Eltern im Sinne des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 3 gelten auch

1. sonstige Verwandte der geraden aufsteigenden Linie,
2. Stiefeltern,
3. Pflegeeltern (Personen, die den Berechtigten als Pflegekind aufgenommen haben).

(4) ⁴⁾ Haushaltsführer im Sinne des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 4 ist derjenige Verwandte oder Verschwägerter, der an Stelle des verstorbenen oder geschiedenen oder an der Führung des Haushalts aus gesundheitlichen Gründen dauernd gehinderten Ehegatten oder Lebenspartners den Haushalt des Berechtigten mindestens ein Jahr lang vor dessen Tode geführt hat und von diesem überwiegend unterhalten worden ist.

¹⁾ Abs. 1 Satz 1 Nr. 1a eingefügt durch G z. Beend. d. Diskrimin. gleichgeschlechtl. Gemeinschaften vom 16. 2. 2001 (BGBl. I S. 266), in Kraft ab 1. 8. 2001

²⁾ Abs. 2 neu gefasst durch AdAnpG vom 24. 6. 1985 (BGBl. I S. 1450); Abs. 2 geändert durch das 4. Euro-EG vom 21. 12. 2000 (BGBl. I S. 1983), in Kraft ab 1. 1. 2001

³⁾ Abs. 3 neu gefasst durch AdAnpG vom 24. 6. 1985 (BGBl. I S. 1450); Abs. 3 geändert durch das 4. Euro-EG vom 21. 12. 2000 (BGBl. I S. 1983), in Kraft ab 1. 1. 2001

⁴⁾ Abs. 4 neu gefasst durch G z. Gleichstellung behind. Menschen vom 27. 4. 2002 (BGBl. I S. 1467), in Kraft ab 1. 5. 2002

§ 57 Verzicht und Haftung des Sonderrechtsnachfolgers

(1) ¹Der nach § 56 Berechtigte kann auf die Sonderrechtsnachfolge innerhalb von sechs Wochen nach ihrer Kenntnis durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Leistungsträger verzichten. ²Verzichtet er innerhalb dieser Frist, gelten die Ansprüche als auf ihn nicht übergegangen. ³Sie stehen den Personen zu, die ohne den Verzichtenden nach § 56 berechtigt wären.

(2) ¹Soweit Ansprüche auf den Sonderrechtsnachfolger übergegangen sind, haftet er für die nach diesem Gesetzbuch bestehenden Verbindlichkeiten des Verstorbenen gegenüber dem für die Ansprüche zuständigen Leistungsträger. ²Insoweit entfällt eine Haftung des Erben. ³Eine Aufrechnung und Verrechnung nach den §§ 51 und 52 ist ohne die dort genannten Beschränkungen der Höhe zulässig.

§ 58 Vererbung

¹Soweit fällige Ansprüche auf Geldleistungen nicht nach den §§ 56 und 57 einem Sonderrechtsnachfolger zustehen, werden sie nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs vererbt. ²Der Fiskus als gesetzlicher Erbe kann die Ansprüche nicht geltend machen.

§ 59 Ausschluß der Rechtsnachfolge

Ansprüche auf Dienst- und Sachleistungen erlöschen mit dem Tode des Berechtigten. Ansprüche auf Geldleistungen erlöschen nur, wenn sie im Zeitpunkt des Todes des Berechtigten weder festgestellt sind noch ein Verwaltungsverfahren über sie anhängig ist.

Dritter Titel**Mitwirkung des Leistungsberechtigten****§ 60 Angabe von Tatsachen**

(1) ¹Wer Sozialleistungen beantragt oder erhält, hat

1. alle Tatsachen anzugeben, die für die Leistung erheblich sind, und auf Verlangen des zuständigen Leistungsträgers der Erteilung der erforderlichen Auskünfte durch Dritte zuzustimmen,
2. Änderungen in den Verhältnissen, die für die Leistung erheblich sind oder über die im Zusammenhang mit der Leistung Erklärungen abgegeben worden sind, unverzüglich mitzuteilen,
3. Beweismittel zu bezeichnen und auf Verlangen des zuständigen Leistungsträgers Beweisurkunden vorzulegen oder ihrer Vorlage zuzustimmen.

²Satz 1 gilt entsprechend für denjenigen, der Leistungen zu erstatten hat.

(2) ²Soweit für die in Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 genannten Angaben Vordrucke vorgesehen sind, sollen diese benutzt werden.

¹) Abs. 1 geändert durch BErzGG vom 6. 12. 1985 (BGBl. I S. 2154)

²) Abs. 2 geändert durch das 4. Euro-EG vom 21. 12. 2000 (BGBl. I S. 1983), in Kraft ab 1. 1. 2001

§ 61 Persönliches Erscheinen

Wer Sozialleistungen beantragt oder erhält, soll auf Verlangen des zuständigen Leistungsträgers zur mündlichen Erörterung des Antrags oder zur Vornahme anderer für die Entscheidung über die Leistung notwendiger Maßnahmen persönlich erscheinen.

§ 62 Untersuchungen

Wer Sozialleistungen beantragt oder erhält, soll sich auf Verlangen des zuständigen Leistungsträgers ärztlichen und psychologischen Untersuchungsmaßnahmen unterziehen, soweit diese für die Entscheidung über die Leistung erforderlich sind.

§ 63 Heilbehandlung

Wer wegen Krankheit oder Behinderung Sozialleistungen beantragt oder erhält, soll sich auf Verlangen des zuständigen Leistungsträgers einer Heilbehandlung unterziehen, wenn zu erwarten ist, daß sie eine Besserung seines Gesundheitszustands herbeiführen oder eine Verschlechterung verhindern wird.

§ 64 ¹) Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben

Wer wegen Minderung der Erwerbsfähigkeit oder wegen Arbeitslosigkeit Sozialleistungen beantragt oder erhält, soll auf Verlangen des zuständigen Leistungsträgers an Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben teilnehmen, wenn bei angemessener Berücksichtigung seiner beruflichen Neigung und seiner Leistungsfähigkeit zu erwarten ist, daß sie seine Erwerbs- oder Vermittlungsfähigkeit auf Dauer fördern oder erhalten werden.

¹) § 64 geändert durch SGB IX vom 19. 6. 2001 (BGBl. I S. 1046), in Kraft ab 1. 7. 2001

§ 65 Grenzen der Mitwirkung

(1) ¹⁾ Die Mitwirkungspflichten nach den §§ 60 bis 64 bestehen nicht, soweit

1. ihre Erfüllung nicht in einem angemessenen Verhältnis zu der in Anspruch genommenen Sozialleistung oder ihrer Erstattung steht oder
2. ihre Erfüllung dem Betroffenen aus einem wichtigen Grund nicht zugemutet werden kann oder
3. der Leistungsträger sich durch einen geringeren Aufwand als der Antragsteller oder Leistungsberechtigte die erforderlichen Kenntnisse selbst beschaffen kann.

(2) Behandlungen und Untersuchungen,

1. bei denen im Einzelfall ein Schaden für Leben oder Gesundheit nicht mit hoher Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden kann,
2. die mit erheblichen Schmerzen verbunden sind oder
3. die einen erheblichen Eingriff in die körperliche Unversehrtheit bedeuten, können abgelehnt werden.

(3) ²⁾ Angaben, die dem Antragsteller, dem Leistungsberechtigten oder ihnen nahestehenden Personen (§ 383 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 der Zivilprozeßordnung) die Gefahr zuziehen würde, wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden, können verweigert werden.

¹⁾ Abs. 1 Nr. 1 geändert durch BErzGG vom 6. 12. 1985 (BGBl. I S. 2154)

²⁾ Abs. 3 neu gefasst durch SGB X Art. II vom 4. 11. 1982

§ 65a ¹⁾ Aufwendungsersatz

(1) ¹⁾ Wer einem Verlangen des zuständigen Leistungsträgers nach den §§ 61 oder 62 nachkommt, kann auf Antrag Ersatz seiner notwendigen Auslagen und seines Verdienstaufalles in angemessenem Umfang erhalten. ²⁾ Bei einem Verlangen des zuständigen Leistungsträgers nach § 61 sollen Aufwendungen nur in Härtefällen ersetzt werden.

(2) Absatz 1 gilt auch, wenn der zuständige Leistungsträger ein persönliches Erscheinen oder eine Untersuchung nachträglich als notwendig anerkennt.

¹⁾ eingefügt durch SGB X Art. II vom 4. 11. 1982

§ 66 Folgen fehlender Mitwirkung

(1) ¹⁾ Kommt derjenige, der eine Sozialleistung beantragt oder erhält, seinen Mitwirkungspflichten nach den §§ 60 bis 62, 65 nicht nach und wird hierdurch die Aufklärung des Sachverhalts erheblich erschwert, kann der Leistungsträger ohne weitere Ermittlungen die Leistung bis zur Nachholung der Mitwirkung ganz oder teilweise versagen oder entziehen, soweit die Voraussetzungen der Leistung nicht nachgewiesen sind. ²⁾ Dies gilt entsprechend, wenn der Antragsteller oder Leistungsberechtigte in anderer Weise absichtlich die Aufklärung des Sachverhalts erheblich erschwert.

(2) ¹⁾ Kommt derjenige, der eine Sozialleistung wegen Pflegebedürftigkeit, wegen Arbeitsunfähigkeit, wegen Gefährdung oder Minderung der Erwerbsfähigkeit oder wegen Arbeitslosigkeit beantragt oder erhält, seinen Mitwirkungspflichten nach den §§ 62 bis 65 nicht nach und ist unter Würdigung aller Umstände mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß deshalb die Fähigkeit zur selbständigen Lebensführung, die Arbeits-, Erwerbs- oder Vermittlungsfähigkeit beeinträchtigt oder nicht verbessert wird, kann der Leistungsträger die Leistung bis zur Nachholung der Mitwirkung ganz oder teilweise versagen oder entziehen.

(3) Sozialleistungen dürfen wegen fehlender Mitwirkung nur versagt oder entzogen werden, nachdem der Leistungsrechtigte auf diese Folge schriftlich hingewiesen worden ist und seiner Mitwirkungspflicht nicht innerhalb einer ihm gesetzten angemessenen Frist nachgekommen ist.

¹⁾ Abs. 2 geändert durch PflegeVG vom 26. 5. 1994 (BGBl. I S. 1014, ber. S. 2797)

§ 67 Nachholung der Mitwirkung

Wird die Mitwirkung nachgeholt und liegen die Leistungsvoraussetzungen vor, kann der Leistungsträger Sozialleistungen, die er nach § 66 versagt oder entzogen hat, nachträglich ganz oder teilweise erbringen.

Vierter Abschnitt
Übergangs- und Schlussvorschriften

§ 68 ¹⁾ Besondere Teile dieses Gesetzbuches

Bis zu ihrer Einordnung in dieses Gesetzbuch gelten die nachfolgenden Gesetze mit den zu ihrer Ergänzung und Änderung erlassenen Gesetzen als dessen besondere Teile:

1. das Bundesausbildungsförderungsgesetz,
2. (aufgehoben),

3. die Reichsversicherungsordnung,
4. das Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte,
5. das Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte,
6. das Zweite Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte,
7. das Bundesversorgungsgesetz, auch soweit andere Gesetze, insbesondere
 - a) § 80 des Soldatenversorgungsgesetzes,
 - b) § 59 Abs. 1 des Bundesgrenzschutzgesetzes,
 - c) § 47 des Zivildienstgesetzes,
 - d) § 60 des Infektionsschutzgesetzes,
 - e) §§ 4 und 5 des Häftlingsgesetzes,
 - f) § 1 des Opferentschädigungsgesetzes,
 - g) §§ 21 und 22 des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes,
 - h) §§ 3 und 4 des Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes,
 die entsprechende Anwendung der Leistungsvorschriften des Bundesversorgungsgesetzes vorsehen,
8. das Gesetz über das Verwaltungsverfahren der Kriegsopferversorgung,
9. das Bundeskindergeldgesetz,
10. das Wohngeldgesetz,
11. (aufgehoben),
12. das Adoptionsvermittlungsgesetz,
13. (aufgehoben),
14. das Unterhaltsvorschussgesetz,
15. der Erste Abschnitt des Bundeserziehungsgeldgesetzes,
- 15a. der erste Abschnitt des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes,
16. das Altersteilzeitgesetz,
17. das Gesetz zur Hilfe für Frauen bei Schwangerschaftsabbrüchen in besonderen Fällen.

¹⁾ eingefügt durch das 4. Euro-EG vom 21. 12. 2000 (BGBl. I S. 1983), in Kraft ab 1. 1. 2001; Nummern 2 und 13 aufgehoben durch SGB IX vom 19. 6. 2001 (BGBl. I S. 1046), in Kraft ab 1. 7. 2001; Nr. 18 angefügt durch AVmG vom 26. 6. 2001 (BGBl. I S. 1046), in Kraft ab 1. 1. 2003; Nr. 11 aufgehoben durch G zur Einordn. des Sozialhilferechts in das SGB vom 27. 12. 2003 (BGBl. I S. 3022), in Kraft ab 1. 1. 2005; Nr. 10 geändert durch 2. G z. Änd. wohnungsrechtl. Vorschriften vom 15. 12. 2004 (BGBl. I S. 3450), in Kraft ab 1. 1. 2005; Nr. 18 aufgehoben durch VerwaltungsvereinfachungsG vom 21. 3. 2005 (BGBl. I S. 818), in Kraft ab 30. 3. 2005; Nr. 15a eingefügt durch ElterngeldG vom 5. 12. 2006 (BGBl. I S. 2748), in Kraft ab 1. 1. 2007

§ 69 ¹⁾ Stadtstaaten-Klausel

Die Senate der Länder Berlin, Bremen und Hamburg werden ermächtigt, die Vorschriften dieses Buches über die Zuständigkeit von Behörden dem besonderen Verwaltungsaufbau ihrer Länder anzupassen.

¹⁾ eingefügt durch das 4. Euro-EG vom 21. 12. 2000 (BGBl. I S. 1983), in Kraft ab 1. 1. 2001

§ 70 ¹⁾ Überleitungsvorschrift zum Verjährungsrecht

Artikel 229 § 6 Abs. 1 und 2 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche gilt entsprechend bei der Anwendung des § 45 Abs. 2 und 3 in der seit dem 1. Januar 2002 geltenden Fassung.

¹⁾ § 70 angefügt durch HZvNG vom 21. 6. 2002 (BGBl. I S. 2167) m.W.v. 1. 1. 2002

§ 71 ¹⁾ Überleitungsvorschrift zur Übertragung, Verpfändung und Pfändung

§ 53 Abs. 6 und § 54 Abs. 6 sind nur auf Geldleistungen anzuwenden, soweit diese nach dem 30. März 2005 ganz oder teilweise zu Unrecht erbracht werden.

¹⁾ § 71 angefügt durch VerwaltungsvereinfachungsG vom 21. 3. 2005 (BGBl. I S. 818), in Kraft ab 30. 3. 2005

Artikel II Übergangs- und Schlußvorschriften

§§ 1 bis 22 (aufgehoben) ¹⁾

¹⁾ §§ 1 bis 22 aufgehoben durch das 4. Euro-EG vom 21. 12. 2000 (BGBl. I S. 1983), in Kraft ab 1. 1. 2001

§ 23 Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1976 in Kraft. Artikel II § 4 Nr. 2 tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 1975, für eingeschriebene Studenten der staatlichen und der staatlich anerkannten Fachhochschulen mit Wirkung vom 1. September 1975 in Kraft.

(2) ¹Artikel I § 44 tritt am 1. Januar 1978 in Kraft. ²Die Regelung gilt auch für die vor diesem Zeitpunkt fällig gewordenen, noch nicht verjährten Ansprüche auf Geldleistungen, soweit das Verwaltungsverfahren hierüber zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen ist.

Änderungen				
lfd. Nr.	Ändernde Vorschrift	Datum Inkrafttreten	Fundstelle	Geänderte Vorschriften
1	Zwanzigstes Rentenanpassungsgesetz (20. RAG)	27. 6. 1977	BGBI. I S. 1040	Artikel I, § 23
2	Einundzwanzigstes Rentenanpassungsgesetz (21. RAG)	25. 7. 1978	BGBI. I S. 1089	Artikel I, § 23
3	Unterhaltsvorschußgesetz	23. 7. 1979	BGBI. I S. 1184	Artikel II, § 1
4	Fünftes Gesetz zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes (5. AFG-ÄndG)	23. 7. 1979	BGBI. I S. 1189	Artikel I, § 19
5	Zweites Agrarsoziales Ergänzungsgesetz	9. 7. 1980	BGBI. I S. 905	Artikel I, §§ 23, 29
6	Sozialgesetzbuch – Verwaltungsverfahren –	18. 8. 1980	BGBI. I S. 1469	Artikel I, §§ 34, 35, 37, 51, 65a
7	Sozialgesetzbuch – Zusammenarbeit der Leistungsträger und ihre Beziehungen zu Dritten –	4. 11. 1982	BGBI. I S. 1450	Artikel I, §§ 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 30, 37, 42, 43, 45, 65 Artikel II, § 1
8	Haushaltsbegleitgesetz 1984	22. 12. 1983	BGBI. I S. 1532	Artikel I, § 23
9	Gesetz zur Erleichterung des Übergangs vom Arbeitsleben in den Ruhestand	13. 4. 1984	BGBI. I S. 601	Artikel I, § 19a Artikel II, § 1
10	Gesetz zur Verbesserung des Wahlrechts für die Sozialversicherungswahlen	27. 7. 1984	BGBI. I S. 1029	Artikel I, § 22
11	Adoptionsanpassungsgesetz (AdAnpG)	24. 6. 1985	BGBI. I S. 1144	Artikel I, §§ 50, 56
12	Bundeserziehungsgeldgesetz (BErzGG)	6. 12. 1985	BGBI. I S. 2154	Artikel I, §§ 25, 60, 65
13	Drittes Agrarsoziales Ergänzungsgesetz (3. ASEG)	20. 12. 1985	BGBI. I S. 2475	Artikel I, § 23
14	Erstes Gesetz zur Änderung des Schwerbehindertengesetzes	24. 7. 1986	BGBI. I S. 1110	Artikel I, §§ 10, 20
15	Gesetz zur Neuregelung des Internationalen Privatrechts	25. 7. 1986	BGBI. I S. 1142	Artikel I, § 34
16	Zweites Rechtsbereinigungsgesetz	16. 12. 1986	BGBI. I S. 2441	Artikel I, § 28
17	Kindererziehungsleistungsgesetz (KLG)	12. 7. 1987	BGBI. I S. 1585	Artikel I, § 23
18	Erstes SGB-Änderungsgesetz (1. SGBÄndG)	20. 7. 1988	BGBI. I S. 1046	Artikel I, §§ 25, 48, 49, 53 54 Artikel II, § 18
19	Gesetz zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes und zur Förderung eines gleitenden Übergangs älterer Arbeitnehmer in den Ruhestand	20. 12. 1988	BGBI. I S. 2343	Artikel II, § 1
20	Gesundheits-Reformgesetz (GRG)	20. 12. 1988	BGBI. I S. 2477	Artikel I, §§ 21, 29, 37
21	Zwölftes Gesetz zur Änderung des Bundeskindergeldgesetzes	30. 6. 1989	BGBI. I S. 1294	Artikel I, § 48
22	Rentenreformgesetz 1992 (RRG 1992)	18. 12. 1989	BGBI. I S. 2261	Artikel I, §§ 23, 29, 34, 35 Artikel II, § 1
23	Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG)	26. 6. 1990	BGBI. I S. 1163	Artikel I, §§ 8, 27 Artikel II, § 1
24	Sechstes Überleitungsgesetz	25. 9. 1990	BGBI. I S. 2106	Artikel II, § 22
25	Gesetz über die Einführung eines Wohngeldsondergesetzes für das in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannte Gebiet, die Änderung des Wohngeldgesetzes und anderer wohngeldrechtlicher Vorschriften sowie über die Änderung des Ersten Buches Sozialgesetzbuch	20. 6. 1991	BGBI. I S. 1250	Artikel II, § 1

SGB I Änderungen

Änderungen				
lfd. Nr.	Ändernde Vorschrift	Datum Inkrafttreten	Fundstelle	Geänderte Vorschriften
26	Rentenüberleitungs-Ergänzungsgesetz	24. 6. 1993	BGBI. I S. 1038	Artikel II, § 1
27	Eisenbahnneuordnungsgesetz (ENeuOG)	27. 12. 1993	BGBI. I S. 2378	Artikel II, § 23
28	Pflege-Versicherungsgesetz (PflegeVG)	26. 5. 1994	BGBI. I S. 1014	Artikel I, §§ 4, 15, 21, 21a, 37, 66
29	Zweites SGB-Änderungsgesetz (2. SGBÄndG)	13. 6. 1994	BGBI. I S. 1229	Artikel I, §§ 35, 37, 42, 48, 49, 51, 54 Artikel II, § 1
30	Agrarsozialreformgesetz 1995 (ASRG 1995)	29. 7. 1994	BGBI. I S. 1890	Artikel I, §§ 4, 23 Artikel II, § 1
31	Einführungsgesetz zur Insolvenzordnung (EGInsO)	5. 10. 1994, in Kraft 1. 1. 1999	BGBI. I S. 2911	Artikel I, § 19
32	Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz (SFHÄndG)	21. 8. 1995	BGBI. I S. 1050	Artikel I, § 21b, 28 Artikel II, § 1
33	Zweites Gesetz zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes im Bereich des Baugewerbes	15. 12. 1995	BGBI. I S. 1809	Artikel I, § 19
34	Gesetz zur Förderung eines gleitenden Übergangs in den Ruhestand	23. 7. 1996	BGBI. I S. 1078	Artikel I, § 19b Artikel II, § 1
35	Gesetz zur Reform des Sozialhilferechts	23. 7. 1996	BGBI. I S. 1088	Artikel I, §§ 27, 29 Artikel II, § 1
36	Unfallversicherungs-Einordnungsgesetz	7. 8. 1996	BGBI. I S. 1254	Artikel I, §§ 22, 25
37	Gesetz zur Reform der Arbeitsförderung (Arbeitsförderungs-Reformgesetz – AFRG)	24. 3. 1997, in Kraft 1. 1. 1998	BGBI. I S. 594	Artikel I, §§ 3, 19, 19a Artikel II, § 1
38	Erstes Gesetz zur Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze (Erstes SGB III-Änderungsgesetz – 1. SGB III-ÄndG)	16. 12. 1997, in Kraft 1. 1. 1998	BGBI. I S. 2970	Artikel I, § 33a
39	Gesetz zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung (Rentenreformgesetz 1999 – RRG 1999)	16. 12. 1997, in Kraft 1. 1. 2001	BGBI. I S. 2998	Artikel I, § 23
40	Gesetz zu Korrekturen in der Sozialversicherung und zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte	19. 12. 1998, in Kraft 1. 1. 1999	BGBI. I S. 3843	Artikel I, § 23
41	Gesetz zur Neuordnung seuchenrechtlicher Vorschriften (Seuchenrechtsneuordnungsgesetz – SeuchRNeuG)	20. 7. 2000, in Kraft 1. 1. 2001	BGBI. I S. 1045	Artikel II, § 1
42	Gesetz zur Änderung des Begriffs „Erziehungsurlaub“	30. 11. 2000, in Kraft 2. 1. 2001	BGBI. I S. 1638	Artikel I, § 54
43	Gesetz zur Reform der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit	20. 12. 2000, in Kraft 1. 1. 2001	BGBI. I S. 1827	Artikel I, § 23
44	Gesetz zur Einführung des Euro im Sozial- und Arbeitsrecht sowie zur Änderung anderer Vorschriften (4. Euro-Einführungsgesetz)	21. 12. 2000, in Kraft 1. 1. 2001 bzw. 1. 1. 2002	BGBI. I S. 1983	Artikel I, §§ 17, 23, 35, 37, 44, 56, 60, 68, 69 Artikel II, §§ 1 bis 22
45	Gesetz zur Beendigung der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Gemeinschaften: Lebenspartnerschaften	16. 2. 2001, in Kraft 1. 8. 2001	BGBI. I S. 266	Artikel I, §§ 33b, 56
46	Gesetz zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes und anderer Gesetze	18. 5. 2001, in Kraft 23. 5. 2001	BGBI. I S. 904	Artikel I, § 35
47	Sozialgesetzbuch – Neuntes Buch – (SGB IX) Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen	19. 6. 2001, in Kraft 1. 7. 2001	BGBI. I S. 1046	Artikel I, §§ 10, 17, 19, 20, 22, 23, 24, 28, 29, 35, 64, 68

Änderungen				
lfd. Nr.	Ändernde Vorschrift	Datum Inkrafttreten	Fundstelle	Geänderte Vorschriften
48	Gesetz zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung und zur Förderung eines kapitalgedeckten Altersvorsorgevermögens (Altersvermögensgesetz – AVmG)	26. 6. 2001, in Kraft 1. 1. 2002 bzw. 1. 1. 2003	BGBI. I S. 1310	Artikel I, §§ 15, 28a, 68
49	Gesetz zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung im gewerblichen Güterkraftverkehr (GüKBillBG)	2. 9. 2001, in Kraft 7. 9. 2001	BGBI. I S. 2272	Artikel I, § 35
50	Gesetz zur Regelung von Rechtsfragen auf dem Gebiet der internationalen Adoption und zur Weiterentwicklung des Adoptionsvermittlungsrechts	5. 11. 2001, in Kraft 1. 1. 2002	BGBI. I S. 2950	Artikel I, § 35
51	Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen und zur Änderung anderer Gesetze	27. 4. 2002, in Kraft 1. 5. 2002	BGBI. I S. 1467	Artikel I, § 56
52	Gesetz zur Einführung einer kapitalgedeckten Hüttenknappschaftlichen Zusatzversicherung und zur Änderung anderer Gesetze (Hüttenknappschaftliches Zusatzversicherungs-Neuregelungs-Gesetz – HZVNG)	21. 6. 2002, in Kraft 1. 1. 2002 bzw. 1. 1. 2003	BGBI. I S. 2167	Artikel I, §§ 22, 45, 70
53	Gesetz zur Erleichterung der Bekämpfung von illegaler Geschäftigung und Schwarzarbeit	23. 7. 2002, in Kraft 1. 8. 2002	BGBI. I S. 2787	Artikel I, § 35
54	Drittes Gesetz zur Änderung verwaltungsverfahrenrechtlicher Vorschriften	21. 8. 2002, in Kraft 1. 2. 2003	BGBI. I S. 3322	Artikel I, § 36a
55	Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Modernisierungsgesetz – GMG)	14. 11. 2003, in Kraft z. T. 26. 9. 2003, 20. 11. 2003, 1. 1. 2004, 1. 1. 2005, 1. 1. 2006, 1. 1. 2007	BGBI. I S. 2190	Artikel I, § 21
56	Drittes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt	23. 12. 2003, in Kraft 1. 1. 2004, 1. 1. 2005	BGBI. I S. 2848	Artikel I, §§ 19, 19b, 29, 36a
57	Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt	24. 12. 2003, in Kraft 1. 1. 2005	BGBI. I S. 2954	Artikel I, §§ 19, 19a, 28a, 51, 54
58	Zweites Gesetz zur Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch	27. 12. 2003, in Kraft 1. 4. 2004	BGBI. I S. 3013	Artikel I, § 23
59	Gesetz zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch	27. 12. 2003, in Kraft 1. 1. 2005	BGBI. I S. 3022	Artikel I, §§ 9, 28, 28a, 51, 68
60	Gesetz zur Intensivierung der Bekämpfung der Schwarzarbeit und damit zusammenhängender Steuerhinterziehung	23. 7. 2004, in Kraft 1. 8. 2004	BGBI. I S. 1842	Artikel I, § 35
61	Gesetz zur optionalen Trägerschaft von Kommunen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (Kommunales Optionsgesetz)	30. 7. 2004, in Kraft 6. 8. 2004	BGBI. I S. 2014	Artikel I, §§ 19a, 51
62	Gesetz zur Organisationsreform in der gesetzlichen Rentenversicherung	9. 12. 2004, in Kraft z. T. 1. 1. 2005, 1. 10. 2005	BGBI. I S. 3242	Artikel I, §§ 21, 21b, 23
63	Zweites Gesetz zur Änderung wohnungsrechtlicher Vorschriften	15. 12. 2004, in Kraft 1. 1. 2005	BGBI. I S. 3450	Artikel I, § 68
64	Gesetz zur Vereinfachung der Verwaltungsverfahren im Sozialrecht (Verwaltungsvereinfachungsgesetz)	21. 3. 2005, in Kraft 30. 3. 2005	BGBI. I S. 818	Artikel I, §§ 17, 28, 53, 54, 68, 71
65	Gesetz zur Förderung ganzjähriger Beschäftigung	24. 4. 2006, in Kraft 1. 4. 2006	BGBI. I S. 926	Artikel I, § 19

SGB I Änderungen

Änderungen				
lfd. Nr.	Ändernde Vorschrift	Datum Inkrafttreten	Fundstelle	Geänderte Vorschriften
66	Gesetz zur Umsetzung europäischer Richtlinien zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung	14. 8. 2006, in Kraft 18. 8. 2006	BGBl. I S. 1897	Artikel I, Inhaltsübersicht, § 33c
67	Gesetz zur Einführung des Elterngeldes	5. 12. 2006, in Kraft 1. 1. 2007	BGBl. I S. 2748	Artikel I, Inhaltsübersicht, §§ 25, 54, 68